Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 26. Oktober 2002 | 112. Jahrgang Nr. 31.377

„Unüblich und übertrieben“

Duhaldes Erklärung zum Wahltermin und Rücktritt am 25. Mai 2003

Unerwartet hat Übergangspräsident Eduardo Duhalde am Dienstag dem Kongress ein Gesetzesprojekt vorgestellt, welches den 30. März als Termin für die Präsidentschaftswahlen und den 25. Mai als Termin der Amtseinführung des neuen Präsidenten bestätigt. Dessen ungeachtet und im Gegensatz zu allen Vorhersagen unterließ es Duhalde jedoch, den Kongress formell um die Suspendierung des Gesetzes über die offenen und gleichzeitigen Internwahlen zu bitten.

Die Initiative des Präsidenten bekam unmittelbar die Zustimmung des PJ. Sowohl der Duhaldist Eduardo Camaño, seines Zeichens Präsident der Abgeordnetenkammer, als auch der Menemist Juan Manuel Urtubey, Gefolgsmann des Gouverneurs von Salta und Formelpartner Menems, Juan Carlos Romero, und zugleich Vorsitzender der Abgeordnetenkommission für Verfassungsangelegenheiten, versprachen die umgehende Diskussion der Vorlage.

Im Gegensatz dazu ließen die Parlamentarier von der UCR verlauten, dass sie sich nicht in die Internwahlen des PJ einmischen und das Thema nicht erneut prüfen wollten. „Es besteht kein Grund für Eile und ebensowenig für das Übermaß an Aufsehen, dass Duhalde bewirkt. Er hätte das Papier auch durch einen Boten übermitteln können“, meinte der UCR-Fraktionschef Horacio Pernasetti.

Die Einschätzung der Parlamentarier ging von „unüblich“ bis „übertrieben“. In jedem Fall aber beurteilen Peronisten und Radikale das Vorgehen Duhaldes als ein Signal in der innerparteilichen Auseinandersetzung. „Mit diesem Schritt wollen wir dem Wahlprozess Sicherheit geben, damit niemand, weder Parlamentarier, noch Journalisten und Politiker glauben, der Präsident wollte es bleiben“ erklärte Duhalde nach seinem Auftritt im Kongress vor der Presse.

Die Vorlage an sich besteht nur aus zwei Zeilen und bestätigt das Dekret 1.399 vom 5. August 2002. Bestätigt wird darin das Chronogramm mit Präsidentschaftswahlen am 30. März, einem eventuellen zweiten Wahlgang am 27. April und dem Amtsantritt des gewählten Präsidenten am 25. Mai. Dazu wird der unwiderrufliche Rücktritt Duhaldes am gleichen Tag bestimmt. Doch würde die eventuelle Sanktion des Gesetzes nicht die Zustimmung für diesen Rücktritt bedeuten, der schriftlich seit dem 3. September in einem Tresor des Senats liegt, wie Juan Carlos Maqueda mitteilte.

Der Rücktritt, der das ursprünglich bis Dezember 2003 reichende Mandat verkürzt, muss entsprechend der Verfassung von der Vollversammlung der Legislative behandelt werden, wenn diese die Gewählten vereidigt. Maqueda interpretierte, dass die Versammlung nur dann gesondert einberufen werden muss, wenn die Präsidialposition unbesetzt bleibt, doch sei dies nicht der Fall. Die grundlegende Frage ist laut Duhalde die Festlegung des festen Wahltermins, um damit die Wahl zu garantieren und zu verhindern, das die Exekutive willkürlich einen neuen Wahltermin festlegt.

Menems Gegner proben den Aufstand

Die Macht des PJ-Nationalratsvorsitzenden soll begrenzt werden

Am Dienstag wurde in Buenos Aires „große Politik“ gemacht. Dabei konnte Präsident Eduardo Duhalde mit der Unterstützung des Gouverneurs von Santa Fe, Carlos Reutemann, hinsichtlich des Wahlkalenders einen ersten Erfolg verbuchen: Die Teilnehmer an dem Treffen, das in einem Gewerkschaftsgebäude stattfand, erklärten ihr Einverständnis mit der Einberufung des PJ-Nationalkongresses, damit die Delegierten eine neue Wahljunta wählen. Die derzeitige besteht mehrheitlich aus Menemisten. Zudem vereinbarten die Teilnehmer ein neues Wahlchronogramm, in dem die Internwahlen am 15. Dezember zunächst suspendiert werden.

In einem Text ohne Unterschrift, den der PJ-Nationalkongress am Dienstag veröffentlichte, wird die exekutive Führung der Partei, der Carlos Menem vorsteht, angewiesen, die für den 15. Dezember vorgesehenen Internwahlen bis auf weiteres zu verschieben. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Menemismus entsprechende Äußerungen Duhaldes überhört. Ungeachtet dessen aber begannen bereits Gespräche zwischen beiden Sektoren, die sich bis zum Parteikongress ausdehnen können. Es geht dabei um die mögliche Einigung auf ein neues Datum für die Internwahlen.

Die härtesten Vertreter des Duhaldismus sprechen von einer Durchführung in der ersten Monatshälfte des Januar, ein ungebräuchlicher Termin für Internwahlen und alles andere als zweckmäßig. Andere Politiker aus der Umgebung Duhaldes, zu denen die mit den Menemisten Verhandelnden gehören, sprechen vom 22. Dezember, eine Woche nach dem von Menem ins Auge gefassten Termin. Aus dem Lager der Menemisten verlautete inoffiziell, der Ex-Präsident habe nichts gegen dieses Datum, offiziell jedoch verblieb man bei der harten Gangart. „Weiterhin gültig ist das ursprüngliche Chronogramm mit Internwahlen am 15. Dezember“, erklärten am Dienstagabend die Sprecher Menems.

Die Einberufung des Justizialistenkongresses und die Zurückziehung des Aufrufes zu Internwahlen wurde am Dienstagnachmittag bei einem Treffen der Mitglieder des Führungsstabes des Justizialismus in der Gewerkschaft der Landarbeiter beschlossen. Anwesend waren der Gouverneur von Santa Fe und Vizepräsident des Parteikongresses, Carlos Reutemann, der Gouverneur von Córdoba, José Manuel de la Sota, Carlos Juarez aus Santiago del Estero, Jorge Busti aus Entre Ríos und Cristina Kirchner, die Frau des Präsidentschaftsvorkandidaten Néstor Kirchner. Duhalde wurde von Jorge Landau vertreten, dem Bevollmächtigten der Partei, der nicht Mitglied des Kongresses ist.

Die Mobilisierung der Führungsspitze des PJ-Nationalkongresses gegen Menem kann als politisches Signal interpretiert werden. Sie bestätigt den Entschluss Duhaldes, in seinem Konflikt mit Menem alles zu versuchen, dass der Ex-Präsident nicht erneut ins höchste Staatsamt gelangt. Sie bestätigt aber auch, dass sich Carlos Reutemann trotz anderslautender Erklärungen dem Sektor angeschlossen hat, der dem Menemismus die Flügel stutzen will.

Landesweit müde Wähler

Kein Kandidat erreicht 15 Prozent der Wahlpräferenzen / Image im Keller

Die Ergebnisse einer am Montag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Equis haben es deutlich gemacht. Landesweit hat die Wählermüdigkeit ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Wiederholte Streitigkeiten und gegenseitige Beschuldigungen der Politiker, ihre Kabalen und die laufenden Korruptionsdiskussionen haben auch zu dem starken Imageverlust beigetragen, das Ansehen vieler Politiker ist längst im Keller. Selbst der gemeinhin als „Saubermann“ geltende Gouverneur von Santa Fe, Carlos Reutemann, erreicht nur bei 37,7 Prozent der Befragten eine positive Einstufung und bei 28,4 Prozent eine negative.

Der letzte in der Imagerangliste ist Carlos Menem, der zwar immer noch 11,8 positive Beurteilungen verbuchen kann, von dem jedoch 79,5 Prozent der Befragten nichts wissen wollen. Interessant ist, dass sein Erzfeind, Eduardo Duhalde, noch weniger Zustimmung erreichte. 7,7 Prozent, während 74,7 der Befragten ihm ein negatives Image bescheinigten.

In der Umfrage hinsichtlich der Präferenzen steht Reutemann an der Spitze, obwohl er wiederholt erklärt hat, er werde nicht kandidieren, doch auch der ehemalige Formel 1-Fahrer erreicht nur 13,8 Prozent der Präferenzen. Reutemann auf den Fersen ist Adolfo Rodríguez Saá mit 12,9 Prozent. An dritter Stelle steht mit 11,5 Prozent der Gouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner.

Erst dann folgt die in Umfragen häufig verwöhnte Elisa Carrió, die bei Equis zehn Prozent der Zustimmung für sich verbuchen kann. Nach ihr rangiert Menem mit acht Prozent. Patricia Bullrich, einst Arbeitsministerin unter Fernando de la Rúa, steht mit einem Prozernt an vorletzter Stelle. Der Gouverneur von Salta und frischgebackene Formelpartner Menems, Juan Carlos Romero, wurde in der Umfrage nicht genannt.

Präferenzen für Präsidentschaftswahlen 2003

Reutemann	13,8 %
Rodríguez Saá	12,9 %
Kirchner	11,5 %
Elisa Carrió	10 %
Menem	8 %
Zamora	6,3 %
López Murphy	5,8 %
De la Sota	4 %
Terragno	2,7 %
Natale	1 %
Bullrich	1 %
Unentschlossen	12,3 %
Weiße Stimmzettel	4,6 %
Nicht wählen wollen	2,5 %
Ungültige Stimmzettel	2 %
Stimmen für Ungenannte	1,7 %

Quelle Equis (Forschungsgruppen für Gesellschaftsuntersuchungen)

Vizepräsidenten

Das politische Augenmerk richtet sich stets auf die Kandidaten für die Präsidentschaft, denen, falls gewählt, die Macht der Exekutive zufällt. Mit den Anwärtern auf die Vizepräsidentschaft verhält es sich anders. Im Amt beschränkt sich ihre formelle Aufgabe auf den Vorsitz im Senat, wo sie gegebenenfalls bei Kampfabstimmungen die entscheidende Stimme abgeben. Ansonsten sind die Aufgaben des Stellvertreters rein formell.

Expräsident Carlos Saúl Menem, prominenter Anwärter auf die Kandidatur seiner Justizialistischen Partei, hat andere Akzente gesetzt. Mehrmals hatte er das Amt des Vizepräsidenten mit seinem Vorschlag degradiert, dass es verschwinden sollte. Offenbar wirkte hier die Erinnerung an seine beiden Vizepräsidenten Eduardo Duhalde (1989-1991) und Carlos Ruckauf (1995-1999) nach, mit denen er sich nicht gut verstand. Beide waren anschliessend Gouverneure der Provinz Buenos Aires und politische Gegenspieler Menems in der Partei.

Plötzlich sah Menem das Amt des Vizepräsidenten mit anderen Augen, als er seinen Widersacher im parteiinternen Streit um die Präsidentschaftskandidatur, Gouverneur Juan Carlos Romero von Salta, zum Kandidaten für das Amt kürte. Menem erklärte, dass sein Vizepräsident gleichzeitig Kabinettschef sein würde, dem zudem die entscheidende Aufgabe zufallen soll, die Reform des Staates zu leiten. Mit dieser Umschreibung der Aufgaben würde Romero, sofern gewählt, sicherlich auf den Vorsitz im Senat verzichten, den Eduardo Menem, Bruder des Expräsidenten, wie von 1991 bis 1995, als Präsident „pro tempore“ des Oberhauses ausüben würde.

Als Kabinettschef würde Romero an der Gestaltung der Regierungspolitik direkt teilnehmen, weil er sich mit allen Ressorts beschäftigen müsste, insbesondere mit dem Haushalt. Einnahmen und Ausgaben des Staates sind Aufgaben des Kabinettschefs, der sie freilich in der Praxis dem Schatzsekretär im Wirtschaftsministerium abtritt. Die Reform des Staates verheisst tiefgreifende Änderungen der Staatsverwaltung, in der zahllose Ämter notorisch überbesetzt sind und andere Ämter ihren Aufgaben nicht gerecht sind, weil ihnen qualifizierte Beamte fehlen. Mit Romero als Vizepräsidenten hat Menem zudem unterschwellig seinen Nachfolger im Amt vorgestellt, der dafür bestens vorbereitet sein würde.

Ganz anders hat der Gegenkandidat Menems, Adolfo Rodríguez Saá, gehandelt, als er den prominenten Radikalen Melchor Posse aus San Isidro, Provinz Buenos Aires, zu seinem Formelpartner ernannte. Posse war Bürgermeister des Vorortes der Bundeshauptstadt unter Präsident Frondizi von 1958 bis 1964, kehrte nachher zur Radikalen Bürgerunion (UCR), damals unter Ricardo Balbín und nach dessen Tod unter Raúl Alfonsín zurück, um wieder für das gleiche Amt mehrmals gewählt zu werden. Seit 1999 übt sein Sohn Gustavo Posse das Amt in San Isidro aus. Posse war auch 1999 Kandidat für das Amt des Vizegouverneurs der Provinz Buenos Aires mit Graciela Fernández Meijide und verlor die Wahl gegen Ruckauf mit Felipe Solá.

Die unmittelbare Konsequenz der Kandidatur war die Entlassung Posses als Mitglied der UCR in der Provinz Buenos Aires. Ihm wurde von Parteiprominenten reiner Opportunismus bescheinigt. Parteiradikale dürfen nicht Kandidaten anderer Parteien sein. In der Justizialistischen Partei sind Kandidaten anderer Parteien auch nicht zugelassen. Da aber die Formel Rodríguez Saá-Posse auch gegebenenfalls mit der gemieteten Partei Unión Popular an den Wahlen vom 30. März 2003 teilehmen dürfte, mag es unwichtig sein, ob die Formel an den parteiinternen Wahlen mitmacht.

Was mit diesen Wahlen der Justizialistischen Partei geschehen wird, ist denkbar ungewiss. Der Parteivorstand („Consejo Nacional“), der von Menem-treuen Mitgliedern kontrolliert wird, hat das Datum des 15. Dezember 2002 ratifiziert, das in Ausführung des Gesetzes über simultane Parteiwahlen verfügt worden war. Der Parteitag („Congreso Nacional“) dürfte in der kommenden Sitzung entscheiden, ob und wann Wahltag sein wird oder darauf verzichten und allenfalls Gouverneur Carlos Alberto Reutemann als Präsidentschaftskandidaten küren, ohne dass dieser sich selber als Kandidat vorgestellt hätte. Letztes Konzept passt Präsident Duhalde, der den Vorsitz des Parteitags abgelegt hatte, ohne dass seine Demission angenommen worden wäre, weshalb er ihn ausübt.

Im Parteitag überwiegen die Anhänger Duhaldes vor denen Menems, die sich diesen Trick sicherlich nicht kampflos gefallen lassen werden. Vorsorglich hat der Menem-treue Barra gegen die Einberufung des Parteitags vor Gericht appelliert, weil in seiner Sicht nur der Vorstand oder ein Drittel der tausend Delegierte mit eigenen Unterschriften dazu befugt seien, nicht aber der Leitungsausschuss des Parteitags. Alle Auswege stehen offen.

WOCHENÜBERSICHT

Besuch aus Rom

Der italienische Vizeaußenminister Mario Baccini hat bei einem Besuch in Buenos Aires Argentinien Hilfe zugesagt. Italien werde Argentinien „auch weiterhin“ unterstützen, versicherte Baccini am Mittwoch nach einem Treffen mit Übergangspräsident Eduardo Duhalde. Grund des Besuches sei das Interesse der italienischen Regierung an den „Fortschritten der Kooperationsprogramme“ beider Länder, sagte Baccini. Bei dem Treffen wurden zudem neue Projekte der Zusammenarbeit geprüft, hieß es. Der Besucher traf am Donnerstag auch mit Wirtschaftsminister Roberto Lavagna zusammen, bevor er am Abend nach Santiago de Chile weiterreiste.

Senatorenwechsel

Die Regierung hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Änderung der Wahlbestimmungen vorsieht. Entsprechend dem geltenden Wahlgesetz müssen neue Senatoren zwei Monate vor Auslaufen des Mandats der abzulösenden Senatoren gewählt werden. Entsprechend der Vorlage sollen in acht Provinzen gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen auch die Nationalsenatoren, deren Mandate vor dem Auslaufen stehen, erneuert werden.

Sonderrenten abgeschafft

Der Nationalsenat hat am Mittwoch so genannte Privilegiertenrenten abgeschafft und die entsprechende Vorlage in ein Gesetz verwandelt. Gegen die Abschaffung dieser Richter und Diplomaten betreffenden Bestimmungen, die ebenfalls dem „Kahlschlag“ zum Opfer fielen, werde die Regierung ihr Veto einlegen, wie Arbeitsministerin Graciela Camaño erklärte.

De la Sota auf Stimmenfang

Der Präsidentschaftsvorkandidat des PJ, José Manuel de la Sota, hat sich am Dienstag mit einer Gruppe von Mitgliedern der Kammer der Bauunternehmer getroffen, die er über seine Absichten informierte, wenn er denn die Wahl gewinnen sollte. Die an dem Gespräch teilnehmenden Unternehmer standen unter Führung des Präsidenten der Kammer, Eduardo Baglietto.

Hoffnungsloser Duhalde

Präsident Eduardo Duhalde hat am Montag erklärt, der Gouverneur von Santa Fe, Carlos Reutemann, habe „oft genug versichert“, er werde bei den PJ-internen Präsidentschaftsvorwahlen nicht kandidieren. Aus eben diesem Grunde sehe er, Duhalde, „zumindest für diese Wahl keinerlei Möglichkeit, dass Reutemann sich doch beteiligt“.

„Kranke“ OA

Ein ranghoher Beamter der Antikorruptionsbehörde OA hat am Mittwoch seinen Rücktritt eingereicht. Kritik des zurückgetretenen Abteilungsleiters Roberto De Michele: Die OA sei „erkrankt“. Nach Medienberichten stehen offenbar weitere leitende Angestellte unmittelbar vor dem Rücktritt. Nachfolger De Micheles, der in New York eine Position in einer internationalen Institution übernimmt, wird dessen bisheriger Stellvertreter Nicolás Raigorodsky.

Tödliche Straßensperre

In Salta ist am Mittwoch eine 54-jährige Frau noch vor erreichen eines Hospitals in einem Krankenwagen gestorben, weil das Fahrzeug unterwegs von Straßenblokkierern, so genannten „piqueteros“, aufgehalten wurde. Die Angehörigen haben jetzt Strafanzeige gegen die 52 „piqueteros“ erstattet. Die Blockierer bestritten derweil, Ambulanzen die Durchfahrt verweigert zu haben. Sie hätten nichts mit dem Tod der Frau zu tun.

Universitätsdemo

Rund 500 Rektoren, Dozenten und Studenten haben am Mittwoch vor dem Wirtschaftsministerium gegen die Kürzung oder die verzögerte Überweisung von Haushaltsmitteln für die Universitäten demonstriert. Es war die dritte derartige Demonstration dieses Sektors in diesem Jahr.

Plünderung

In Avellaneda haben am Sonntag rund 80 Personen während eines Fußballspiels eine Druckerei, eine Gaststätte und ein Zeitungsdepot geplündert und die Einrichtungen zerstört. Das Diebesgut, darunter Computer, Geschirr, Stühle und Tische, wurde nur Stunden später bei einer Razzia in einem nahegelegenen Elendsviertel gefunden. Nach Berichten von Augenzeugen hatte die Polizei bei der Plünderung nicht eingegriffen. Vielmehr sollen sich Polizisten und Plünderer begrüßt haben.

Pro Catán

Die Bundeskammer hat am Mittwoch den Financial Times-Korrespondenten, Thomas Catáan, aufgefordert, seine Ablehnung der Entscheidung von Bundesrichter Claudio Bonadío, seine Telefongespräche zu untersuchen, zu begründen. Catán hatte in einem Artikel Parlamentsabgeordneten Bestechungsversuche gegenüber Bankern vorgeworfen. Seither beruft sich Catán auf das Recht, als Journalist seine Quellen zu verschweigen.

Richter-Rücktritt

Angesichts zunehmender Kritik gegen die Institution ist am Montag ein Richter des Obersten Gerichtshofs von seinem Amt zurückgetreten. Gustavo Bossert erklärte in einem Schreiben an Präsident Eduardo Duhalde, Grund für den Rücktritt sei die „Enttäuschung nach jahrelangen Anstrengungen in der Abgeordnetenkammer unbegründete Beschuldigungen“ anhören zu müssen. Der Richter hatte unlängst von den Abgeordneten jedoch die meiste Unterstützung erhalten, als im Parlament der politische Prozess gegen das aus neun Richtern bestehende Tribunal diskutiert wurde.

NRO-Plan gegen Korruption

Mehrere Nichtregierungs-Organisationen (NRO) haben am Mittwoch Präsident Eduardo Duhalde einen von Verfassungsrechtlern und Intellektuellen ausgearbeiteten „Plan gegen die Korruption“ übergeben. Der Entwurf sieht zudem eine „Verbesserung der Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung“ vor. Bei den Vorschlägen handelt sich dabei um zehn Gesetzesvorlagen, die auf den Schlussfolgerungen des von Präsident Eduardo Duhalde einberufenen „Dialogs“ zwischen Vertretern der Vereinten Nationen (UN), der Kirchen, der Gewerkschaften, der Regierung und der Unternehmervereinigungen basieren.

Die wichtigsten der in Anwesenheit des Präsidenten präsentierten Vorlagen sehen eine von Haushalt und Parteien unabhängige Wahlbehörde vor, die alle Entscheidungen im Zusammenhang von Nationalwahlen treffen soll. Zudem wird ein Transparenzgesetz gefordert, ein Schutzgesetz für öffentliche Angestellte, die Vorgesetzte wegen Unregelmässigkeiten anzeigen, sowie ein Gesetz über Generalinspektoren. Diese sollen dem Präsidenten direkt unterstehen und bevollmächtigt sein, die Wirtschaftlichkeit und, Effizienz der einzelnen Ministerien zu kontrollierten. Als letztes fordern die NRO ein „Gesetz über den Zugang zu Informationen“. Demnach sollen staatliche und Verwaltungsarchive für den Bürger zugänglich werden.

Randglossen

Richter Gustavo Bossert hat es sich nicht gefallen lassen, neun Monate lang auf der Anklagebank der Deputiertenkammer zusammen mit seinen acht Kollegen des Obersten Gerichtshofes zu sitzen, ohne angehört zu werden und sich verteidigen zu können, und hat mit seiner Demission die Konsequenzen gezogen. Ihm war die geringste Zahl der Anklagen unter den neun Richtern vorgeworfen worden und in der Abstimmung der Kammer erntete er die meisten Zusagen. Trotzdem trat Richter Bossert schweizerischer Herkunft aus Santa Fe aus „seelischer Müdigkeit“ zurück. Bossert war als angesehener Jurist 1994 als Folge des Paktes von Olivos zwischen Menem und Alfonsín ernannt worden, erfreut sich nach wie vor dieses Ansehens und übt sich nebenher als Romanschriftsteller und Dichter. Ehrbare Menschen lassen sich nicht von der Meute schänden.

Nachdem die Polizei im August zwei Demonstranten in Avellaneda erschossen hatte, beschloss Präsident Duhalde, vorgezogene Wahlen einzuberufen und am 25. Mai 2003 zu demissionieren. Dieser Tage wollte Duhalde den Kongress bemühen, damit die Versammlung beider Kammern seine Demission bereits mit besagtem Datum annimmt. Indessen bezieht sich das Rücktrittsschreiben auf die Kongressversammlung, die zum 25. Mai 2003 zwecks Vereidigung des gewählten Präsidenten und Vizepräsidenten einberufen werden wird, so dass sich eine vorgezogene Versammlung beider Kammern erübrigt. Dergestalt haben die Parlamentarier das persönlich von Duhalde im Kongress vorgelegte Gesuch abgelehnt, mögen aber, wenn es ihnen passt, das Einberufungsdekret für die Wahlen vom 30. März durch ein Gesetz ratifizieren, damit der Wahltag nicht durch ein Gerichtsurteil zunichte gemacht wird. So wird neuerdings in Argentinien regiert.

Als der kalte Krieg heiss wurde

Erinnerungen an die Kuba-Krise vor 40 Jahren

Von Dr. Roberto T. Alemann

Ende Mai 1962 trat ich die diplomatische Vertretung Argentiniens in Washington an, für die mich Präsident José María Guido als Botschafter ernannt hatte. Das politische Klima der Metropole war weitgehend vom Zwist beherrscht, den die Präsenz des kubanischen Diktators Fidel Castro als gestandener Leninist und seine exilierten Gegner in Miami bewirkten. Präsident John F. Kennedy hatte im März 1961 die Landung der Exilanten mit Unterstützung der CIA an der Schweinebucht Kubas gutgeheissen, ohne ihr freilich Unterstützung durch US-Truppen, Kriegsschiffe oder Flugzeuge zu gewähren. Das verurteilte die Landung zum Fiasko. Sie wurde kurzerhand von Castros Militär besiegt. Kennedy übernahm die politische Verantwortung für das gescheiterte Unterfangen, das vor seiner Amtszeit von damals nur zwei Monaten vorbereitet gewesen war. Ich erlebte diesen Fehlschlag als Botschaftsrat für Finanzen in Washington.

Diese politische Spannung machte sich nach meiner Rückkehr als Botschafter zusehends bemerkbar. Im Juli 1962 schloss Raúl Castro, Bruder des Diktators und sein Verteidigungsminister, die Allianz mit der Sowjetunion in Moskau ab, wo auch, wie später bekannt wurde, die Verlegung der Raketenbasis mit Atomsprengköpfen auf die Insel vereinbart wurde, die wenige Monate später zur Kuba-Krise führen sollte. Kuba war zum politischen Satelliten der Sowjetunion degradiert worden und genoss die Subventionen Moskaus in Gestalt von Erdöllieferungen zu niedrigen und Zuckerkäufen zu hohen Preisen.

Anfang Oktober fand in Washington eine Sonderkonferenz der Aussenminister des amerikanischen Kontinents statt, an der ich in Vertretung des gerade zurückgetretenen Ministers Bonifacio del Carril teilnahm, ehe der Nachfolger Carlos M. Muñiz sein Amt antrat. Castro wurde als Gefahr für den Kontinent eingestuft, weil er seine marxistische Revolution exportierte, damals zuerst nach Venezuela, später nach ganz Lateinamerika und Afrika. Die Einmischung des sowjetischen und chinesischen Kommunismus auf der Insel wurde als unvereinbar mit der Sicherheit und der Demokratie auf dem Kontinent erachtet. Jegliche Einmischung, die den Frieden und die Sicherheit des Kontinents gefährdete, müsse mit geeigneten Mitteln abgewehrt werden, wofür gegebenenfalls die Minister und ihre Regierungen bereit sein müssten, konkrete Massnahmen zu ergreifen. Dieses Einvernehmen der Aussenminister erwies sich als prophetisch.

Die Krise bricht aus

Damals wusste man noch nicht, was sich unterdessen in Kuba abspielte. Als dann kurz danach die US-Regierung Lunte roch und U-2 Flugzeuge aus der Luft die Insel photographierten, konnte der Bau der Raketenbasis erkannt werden. Am 13. Oktober war die Krise ausgebrochen.

Präsident Kennedy berief einen Krisenausschuss seiner engsten Mitarbeiter ein, dem auch die Generalstabschefs der Streitkräfte angehörten. Die Herausforderung der Lang- und Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen auf der Insel betraf entschieden die Sicherheit nicht nur der benachbarten Vereinigten Staaten, sondern infolge ihrer Reichweite alle Länder des Kontinents, ausgenommen Chile.

Alle Botschafter wurden eingeladen, im Staatsdepartement die vergrösserten Photographien gleichsam wie einen Film zu beobachten, vor dessen Hintergrund die Rede Kennedys vorgetragen wurde, die die Krise formell entfachte.

Wie inzwischen durch die sogenannten „Kennedy Tapes“ bekannt wurde, hatte der Präsident die Verhandlungen des Krisenausschusses auf Band aufnehmen lassen, ohne die Mitglieder des Ausschusses, ausgenommen sein eingeweihter Bruder Robert als Justizminister, zu unterrichten. Aus diesen Verhandlungen wurde klar, dass Kennedy die Vorschläge der Generalstabschefs ablehnte, die massive Bombardierungen Kubas und danach die Invasion durch Marinesoldaten vorschlugen. Laut Kennedy würde die Sowjetunion Berlin im Gegenzug einnehmen, das die US-Regierung nicht verteidigen könne.

Was man damals nicht wusste, war die Vollmacht des amtierenden Sowjetgenerals auf Kuba, die Kurzstreckenraketen mit Atomsprengköpfen in Reichweite etwa Floridas oder der Carolinas einzusetzen, falls eine Invasion erfolge. Die U-2 Erkundungsflugzeuge konnten diese Raketen nicht erkennen, die gleichsam auf Lastwagen montiert waren. Der General besass diese Vollmacht, ohne vorher Rückfrage in Moskau halten zu müssen. Sie wurde ihm wenige Tage nach dem Ausbruch der Krise entzogen.

Eine Atombombe auf US-Gebiet würde sicherlich Repressalien mit Atombomben auf beiden Seiten bewirken. Das Gespenst des dritten Weltkriegs mit Atombomben wäre dann Wirklichkeit geworden. Noch heute läuft mir der kalte Schauer den Rücken herunter, wenn ich an diese Schreckensalternative denke, die meine Familie und mich selber sicherlich in Washington ereilt hätte.

Statt Bomben und Invasion die Quarantäne

Kennedy nahm hingegen den Vorschlag des Verteidigungssekretärs Robert McNamara an und verordnete die sogenannte Quarantäne. Eine Marineblockade der Insel sollte vermeiden, dass dort weitere Atomsprengköpfe und Raketen sowjetischer Herkunft abgeladen werden, die den Kontinent gefährden. Alle sonstige Fracht würde anstandslos zugelassen werden. Moskau wurde aufgefordert, die Raketen zurückzuziehen.

Zu dieser selektiven Blockade, wie sie im Völkerrecht niemals vorher geübt worden war, wurden wir auch eingeladen. Am Tag des Krisenausbruchs besuchte mich mein Marineattaché in der Botschaft. Im Pentagon habe man um die Beteiligung Argentiniens mit zwei Kriegsschiffen gebeten. Ich verband mich umgehend mit Aussenminister Muñiz, dem ich die Mitwirkung empfahl. Muñiz bewog Präsident Guido, noch am gleichen Abend das Kabinett einzuberufen, wo die Beteiligung Argentiniens gutgeheissen wurde. Am nächsten Tag konnte ich den Unterstaatssekretär für Lateinamerika im Staatsdepartement, Edwin Martin, telefonisch unterrichten, der sichtlich überrascht war.

Für den gleichen Abend hatte Kennedy seinen Freund Miguel Cárcano, Sohn des argentinischen Botschafters in London während des Zweiten Weltkrieges, wo auch Vater Kennedy als US-Botschafter wirkte, zum Essen eingeladen. Söhne und Töchter beider Botschafter hatten damals Freundschaft geschlossen. Cárcano erzählte mir am nächsten Tag, welchen Eindruck die sofortige Zustimmung Argentiniens zur Quarantäne auf Kennedy gemacht habe. Sein Vater Miguel Angel Cárcano war 1961 Aussenminister Präsident Frondizis und mein damaliger Kabinettskollege gewesen.

Zudem wurde auch die Organisation Amerikanischer Staaten zu einer Krisensitzung einberufen, wo ich in Abwesenheit des argentinischen OEA-Botschafters Weidmann stellvertretend die Rede halten musste und für die Quarantäne stimmte. Die Abstimmung erfolgte einstimmig, allerdings mit Vorbehalten Brasiliens und Mexikos. Lateinamerika hatte sich geschlossen hinter Kennedy gestellt, welche Haltung Moskau überraschte, wo man offensichtlich die üblichen Zänkereien erwartet hatte.

Der Ausgang der Krise am 28. Oktober nach dreizehn Tagen ist hinlänglich bekannt. Kennedy und Nikita Chruschtschow einigten sich auf einen Kompromiss. Moskau zog die Flotte von 25 Transportschiffen zurück, die Kurs auf Kuba steuerte und Raketen sowie Atomsprengköpfe als Fracht brachte. Die Raketenbasis wurde trotz der Opposition Castros abgebaut. Kennedy garantierte die Unabhängigkeit Kubas und verpflichtete sich, die Raketenstellungen in der Türkei gelegentlich abzubauen. Letzteres hatte die US-Regierung längst beschlossen, weil die Atomunterseeboote der Klasse Nautilus sie wirksamer ersetzten. Die türkische Regierung weigerte sich, ihre Zustimmung zu geben. Nach der Kubakrise gab sie ihre Ablehnung auf. Der Friede war gerettet, ebenso Berlin. Kein Wunder daher, dass Kennedy in der deutschen Hauptstadt begeistert empfangen wurde, als er dort auf Deutsch ausrief „Ich bin ein Berliner!“.

Argentinien als Alliierter der USA

Unsere Militärallianz mit der US-Regierung wirkte sich auf die

bilateralen Beziehungen aus. Als Botschafter hatte ich ein Jahr lang offene Türen. Die Refinanzierung unserer drückenden Schuldenlast ging dank Kennedy anstandslos über die Bühne. Wir konnten mühelos zum ersten Mal Zucker dort absetzen. Auch das Fleischabkommen, das ich als damaliger Wirtschaftsminister Ende Mai 1961 in Audienz mit Präsident Kennedy vereinbart hatte, konnte verwirklicht werden.

Wir hatten abgemacht, dass eine bilaterale Wissenschaftskommission prüfen würde, ob vorgekochtes Rindfleisch die Maul- und Klauenseuche überträgt, wie es fälschlicherweise in USA behauptet wurde, oder nicht, wie wir es für sicher hielten. Die wissenschaftliche Untersuchung auf Plum Island, nördlich von New York, hatte uns Recht gegeben, ohne dass das Landwirtschaftssekretariat die Empfehlungen des Gutachtens nachvollzog. Das geschah Ende 1962 auf Geheiss Kennedys, der damit sein mir gegebenes Wort einlöste. Seither exportiert Argentinien vorgekochtes Rindfleisch für mehr als 100 Millionen Dollar im Jahr. Auch Brasilien und Uruguay genossen später den Vorteil, diese Marktnische zu belie-fern.

Die US-Regierung verzichtete gelegentlich auf subventionierte Weizenlieferungen nach Gesetz 480, wenn die argentinische Regierung nachwies, dass es sich um einen Markt für argentinischen Exportweizen handelte. Das Konsultationsverfahren hatte ich mit Präsident Kennedy im Mai 1961 abgesprochen und wurde auch mit Australien und Kanada als Weizenlieferanten in Washington absolviert, kaum dass ein Gesuch für subventionierten US-Weizen einging.

Der Zufall wollte es, dass ich eine Woche nach der Beilegung der Kubakrise im Hotel Waldorf Astoria von New York vor über tausend Geschäftsführern namhafter US-Unternehmen eine Rede halten sollte, deren Text ich vorher eingesandt hatte. Die Gelegenheit, eingangs über den Ablauf der Krise und der Mitwirkung Argentiniens in nur 24 Stunden zu berichten, liess ich mir nicht entgehen. Brausender Beifall honorierte die Einstellung Argentiniens, das zum ersten Mal in anderthalb Jahrhunderten den Vereinigten Staaten militärisch beigestanden hatte. Im Golf-Krieg gegen Irak wiederholte sich die Allianz. Später wurde Argentinien als einziges lateinamerikanisches Land zum Sonderalliierten der USA ausserhalb der NATO erklärt. Die Kuba-Krise hatte den Anstoss gegeben.

Kennedy zeigte sich argentinischen Besuchern wie Expräsident General Pedro Eugenio Aramburu, Wirtschaftsminister Alvaro Alsogaray sowie Aussenminister Carlos M. Muñiz in Audienzen stets dankbar für die Mitwirkung an der Krisenlösung und honorierte damit seine Einstellung Argentinien gegenüber als verlässlicher Partner. Sein Wirtschafts- und Sozialplan für Lateinamerika und die Karibik, genannt „Allianz für den Fortschritt“, an dessen Vertrag ich als Wirtschaftsminister im August 1961 in Punta del Este mitgewirkt hatte, wurde während seiner kurzen Amtszeit durchgesetzt und wirkte auch mehrere Jahre lang weiter. Die meisten der 99 konkreten Wirtschafts- und Sozialziele dieses umfassenden Programms wurden in zehn Jahren verwirklicht.

Nachdem Präsident Kennedy in Dallas am 22. November 1963 ermordet wurde, erfuhr ich im Staatsdepartement, dass der Sarg mit seinem Leichnam am späten Nachmittag des gleichen Tages auf dem Militärflughafen Jackson unweit Washingtons eingeflogen werden würde. Ich begab mich dorthin, um ihm als akkreditierter Botschafter meine Ehre zu erweisen. Ein einziger Kollege war zugegen. Sein Nachfolger Lyndon B. Johnson hielt dortselbst seine Antrittsrede in Gegenwart von J.F. Kennedys Witwe Jacqueline Bouvier mit blutbeflecktem rosa Kleid.

Im Staatsdepartement unterrichtete man mich einige Tage später, dass nach Ermittlungen der US-Diplomatie Argentinier und Deutsche diejenigen Völker gewesen waren, die den Tod Kennedys am meisten mitempfunden hatten. Kennedy hatte es offenbar verstanden, seine Botschaft des Friedens, der Demokratie und der Sicherheit an viele Millionen Menschen in fernen Landen zu vermitteln.

WM-Tests

Buenos Aires (AT) Im sechsten und letzten Länderspiel gegen den Weltranglisten-Ersten Argentinien gab es für Deutschlands Hockey-Damen am vergangenen Sonntag in Buenos Aires die vierte Niederlage - diesmal mit 2:3 (1:1), das Vanina Oneto erst eine Minute vor dem Abpfiff glückte. „Wir sind näher dran an Argentinien als noch vor kurzer Zeit“, sagte Bundestrainer Peter Lemmen. Dies mache Mut für die am 24. November in Perth/Australien beginnende Weltmeisterschaft.

In den sechs WM-Tests gegen die „Leonas“ hatte der Vize-Europameister auf seiner Südamerikatournee, die ein Turnier in Chile und eine „Best-of-four“-Serie in Argentinien umfasste, nur einmal Unentschieden (1:1) gespielt und einmal (2:1 in Tucumán) gewonnen.

Die deutschen Hockey-Herren, die in Perth als Titelverteidiger an den Start gehen, gewannen hingegen am Mittwoch in Buenos Aires ihr erstes Test-Match gegen Argentinien mit 6:4, am Donnerstag gab es ein dramatisches 3:3. Zwei weitere Spiele finden an diesem Wochenende in Rosario statt.

TABELLEN

Fußball

Copa Sudamericana

Viertelfinale, Rückspiele

u.a. Racing Club - San Lorenzo 2:0, 3:4 n.E. (Hinspiel 1:3)
SL im Halbfinale.

Torneo Apertura

13. Spieltag: Independiente - Estudiantes LP 1:0, Boca Juniors - Chacarita 2:1, San Lorenzo - Colón 2:0, Lanús - Vélez 2:0, Olimpo BB - Racing 0:2, R. Central - Talleres 2:2, Unión - Huracán 2:2, Gimnasia LP - Newell’s 2:1, Chicago - Arsenal 3:1.
Banfield - River Plate beim Stand von 5:0 wegen Zuschauerausschreitungen abgebrochen.
Tabellenspitze: 1. Independiente 32 Punkte, 2. River 27, 3. Boca 24.

Rollhockey

WM-Sieg

Argentiniens Rollhockey-Damen haben sich bei der Weltmeisterschaft in Portugal zum zweiten Mal nach 1998 den Titel gesichert. Das Team von Nationaltrainer Mario Calderón gewann das Finale am vorvergangenen Sonntag gegen Brasilien klar mit 4:1. Bei der WM 2000 in Deutschland hatte die Mannschaft aus San Juan Bronze errungen.

(dpa/AT)

AUSFLÜGE UND REISEN

Sommers wie winters: Villa La Angostura

Gegründet wurde sie schon in den 30er Jahren als weitläufige Siedlung zwischen Bergen und Seen, zu einer Zeit, als Bariloche noch ein Dorf genannt wurde. Aber Liebhabern der „argentinischen Schweiz“ war damals selbst das „Dorf“ San Carlos de Bariloche noch zu laut und quirlig, so dass sie ein beschaulicheres Plätzchen suchten und an den Buchten seitlich der Halbinsel Quetrihué mit ihren Arrayanes-Wäldern, am gegenüber liegenden Ufer des Nahuel Huapi, den idealen Ort fanden. Der Architekt Exequiel Bustillo, der viele charakteristische Baulichkeiten am Nahuel-Huapi-See entwarf und baute, war einer der ersten, der in Villa La Angostura seinen Feriensitz errichtete. Die Residenz El Messidor stammt aus der Zeit kurz danach, ebenso wie die Capilla La Asunción. Naturstein und Holzfachwerk bestimmen noch heute die Architektur vieler der traditionellen Gebäude, Tulpen das Strassenbild.

Allerdings: seinerzeit benötigte man mit dem Automobil von Buenos Aires bis zu acht Tage, und die Fahrt mit der Eisenbahn ab 1934 war zwar kürzer, aber nicht weniger staubig. Immerhin: damals schon boten in Buenos Aires Delfino Viajes und Turismo Pérez Companc Ausflüge zum „Edén de America“ an.

Villa La Angostura blieb lange ein nahezu unberührter Fleck, vornehmlich von Anglern besucht, die im nahen Correntoso-Fluss Forellen und Lachse auf den Haken nahmen; seit Jahren findet deshalb hier die Fiesta Nacional de la Trucha statt.

Seit den 80er Jahren erlebt der Ort jedoch ein rapides Wachstum. Einerseits ist er günstig am Camino de los Siete Lagos nach San Martín de los Andes gelegen, andrerseits führt die Überlandstrasse über den Puyehue-Pass nach Chile hier vorbei.

Überdies entstand am nahen Cerro Bayo ein modernes Wintersportzentrum, so dass neben den Sommerfrischlern nun auch immer mehr Schneefreunde Villa La Angostura aufzusuchen begannen. Die Skipisten am Bayo sind bei Kennern besonders beliebt, im Sommer führt die Strasse zum herrlichen Aussichtspunkt Belvedere, von wo aus man den

Cerro Catedral, den Tronador und dahinter den Puntiagudo sieht.

Was dem Ferienort seinen jüngsten Auftrieb verlieh, sind aber nicht nur mondäne Hotels wie etwa Bahía Manzano, sondern vor allem auch die Blockhütten, die für Ferienreisende besonders praktisch sind, weil man für einen Einheitspreis auch mit einer zahlreichen Familie bequem unterkommen kann.

In anderer Hinsicht berühmt wurde der Fleck vor einigen Jahren auch, weil man nahebei im Nahuel Huapi ein Monster wie das von Loch Ness gesichtet haben will, das prompt den Namen Nahuelito erhielt.

Auskünfte direkt im lokalen Fremdenverkehrsbüro, Fernruf (02944) 49-4124.

Buenos Aires Info

Soeben wurde in der Carlos Pellegrini 216 das Centro de Documentación Turística eingerichtet, das von 10.30 bis 16.30 für das Publikum funktioniert. Man kann hier auch über Internet Auskunft einholen: bibliotecaturismo@buenosaires.gov.ar

Marlú

Der Wind muss drehen

Argentinien hat das Potenzial auf dem Gebiet der Windkraft, Energieversorger der Zukunft zu werden - doch die energiepolitischen Weichen müssen dafür noch gestellt werden

Schon die alten Ägypter wussten den Wind für sich zu nutzen: Sie ließen sich in ihren Segelschiffen einfach von ihm übers Meer brausen.

Die Kraft des Windes: kostenlos und umweltverträglich - damals wie heute. Doch im Gegensatz zu früher scheint uns angesichts eines weltweit steigenden Energieverbrauchs als Folge von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums bald keine andere Wahl mehr zu bleiben als die Nutzung von Alternativ-Energien. Denn unser globales Ökosystem verkraftet die Verbrennung fossiler Brennstoffe nicht auf Dauer.

Argentinien bietet als Standort für die Nutzung von Windenergie einmalige Voraussetzungen. Die patagonischen Winde werden nur an wenigen Orten der Welt an Qualität übertroffen. Doch hierzulande hält man immer noch viel zu sehr an den konventionellen Energiequellen fest, und die wertvolle Ressource Wind bleibt größtenteils ungenutzt. Im internationalen Vergleich haben deswegen andere Länder die Nase vorn.

Weltweit sind derzeit Windparks mit einer Kapazität von ca. 24.000 MW installiert, davon ungefähr 10.000 MW in Deutschland an erster Stelle, gefolgt von Spanien, den USA, Dänemark und Indien. In Argentinien sind es - trotz der viel besseren Windgeschwindigkeiten - dagegen nur etwas mehr als 24 MW.

Die „Asociación Argentina de Energía Eólica" (AAEE), die sich für die Nutzung der Windkraft in Argentinien einsetzt, will diesem Trend entgegensteuern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung stellte dafür das von ihr, der Carl Duisburg Gesellschaft (CDG) und der Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungs GmbH (InWEnt) iniziierte "1er Encuentro Internacional de Expertos en Hidrógeno y Viento-Hidrógeno" dar, das am 17. und 18. Oktober an der Nationalen Technischen Universität in La Plata stattfand. Deutsche und argentinische Windenergie- und Wasserstoff-Experten tauschten dabei ihre Erfahrungen aus.

Argentinien - das Kuwait des 21. Jahrhunderts

Zum besseren Verständnis des Themas muss man wissen, dass im Energiesektor zwischen verschiedenen Energiequellen unterschieden wird: den erneuerbaren Energieträgern - dazu gehören Wind, Wasser und Sonne -, der Atomenergie und den fossilen Brennstoffen wie Erdöl, Gas und Kohle, bei deren Verbrennung CO_2 freigesetzt wird, die Hauptursache für die globale Erderwärmung. Letztere machen immer noch 80 % des weltweiten Energiekonsums aus.

Die Argumente der Windenergie sprechen für sich: Sie ist umweltverträglich, fördert das Wirtschaftswachstum und schafft aufgrund ihrer dezentralisierten Stromerzeugung wesentlich mehr Arbeitsplätze als im Vergleich die Atomenergie.

Ihr „Brennstoff" ist kostenlos, unerschöpflich und zur Genüge vorhanden. Trotzdem nützt man diese Vorteile viel zu wenig; in Argentinien, wo die Windenergie-Lobby vor allem die Hürden der Energie-Politik zu überwinden hat, noch weniger als andernorts.

Dabei verfügt Argentinien über die Kapazität, das Erdöl der Zukunft, nämlich Wasserstoff, zu produzieren, und zwar im großen Stil. Denn vor allem die gewaltigen Winde in Patagonien, deren Geschwindigkeit im Durchschnitt doppelt so hoch ist wie die der europäischen, gehören zu den leistungsfähigsten der Welt. Diese Energiequelle ist nicht nur unerschöpflich, sie lässt sich, einmal durch Elektrolyse in Wasserstoff verwandelt, darüber hinaus auch lagern und sogar exportieren.

Argentinien könnte sich somit in das umweltfreundliche Kuwait des 21. Jahrhunderts verwandeln. Laut Erich Spinadel, dem Vorsitzenden der AAEE, kann eine Fläche von rund 1000 Quadratkilometern in der Provinz Santa Cruz täglich den Energie-Gegenwert von 48.000 Fass Erdöl erzeugen. In Form von flüssigem Wasserstoff könnte man dies z.B. nach Japan exportieren. Ab dem Moment, an dem der Weltpreis des Barrel Öl den Wert von US$ 40.- erreicht, ein durchaus rentables Geschäft.

Wie wichtig Wasserstoff in Zukunft für die Energiegewinnung sein wird, sieht man unter anderem daran, dass auch in der Wirtschaft ein Umdenken eingesetzt hat. Immer mehr Firmen investieren in die Wasserstoffforschung, und alle größeren Automobilfabrikanten wie Daimler Chrysler, BMW oder Ford haben bereits Prototypen oder sogar kleine Serien von Wasserstoff-Autos im Gang. Statt CO_2 bläst dieses Modell als "Abgas" lediglich Wasserdampf in die Luft.

Politik des Gegenwinds

Die Primärenergie für die Produktion von Wasserstoff, der Wind, ist gratis, sauber und erneuerbar. Doch um ihn zu nutzen, braucht Argentinien Investitionen. Um ausländische Investoren anzuziehen, muss der Gesetzgeber die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Anders als beispielsweise in Deutschland, wo die Benzinpreise mit der Ökosteuer anzogen, können die Alternativenergien in Argentinien mit den konventionellen Energiequellen noch lange nicht konkurrieren. Ein weiteres Hindernis kommt erschwerend hinzu. Die patagonischen Windkraftwerke erzeugen bislang nur Energie für die Region, und das, obwohl ihre Kapazität für weit mehr ausreichen könnte. Denn das regionale Stromnetz ist bislang nicht an den landesweiten Verteiler angeschlossen. Solange aber die Strompreise am Nationalen Groß-Elektromarkt durch extrem billige Erzeugungskosten, in die die Umweltbelastung nicht einkalkuliert wird, zu rund US$ 0,028 gehandelt werden, lohnt es sich für die patagonischen Windkraftwerke nicht, ihre Energieproduktion mit Kosten von rund US$ 0,045 zu erhöhen, um ihn in ein zukünftiges Verbundnetz mit Verlust einzuspeisen. Im Falle einer vollständigen Auslastung könnten jedoch zukünftige Windparks in Patagonien die gesamte Mercosur-Region mit Energie versorgen und den zudem produzierten Überschuss in Form von Wasserstoff exportieren.

Auch an der Atlantik-Küste der Provinz Buenos Aires gibt es für Windparks günstige Windgeschwindigkeiten (ca.7,3 m/s), wenn auch etwas niedriger als in Patagonien (ca. 11 m/s). Im Vergleich: Deutsche Windparks arbeiten mit Windgeschwindigkeiten von ca. 7-8 m/s an den Küstenregionen und mit 5-6 m/s im Binnenland, sind aber durch die deutsche Gesetzgebung mit Rückvergütung von 0,07 bis 0,09 Eurocents pro kWh, je nach Standort, rentabel.

Einen kleinen Erfolg konnten die Verfechter der Windenergie in Argentinien für sich verbuchen, als vor einigen Jahren das "Régimen Nacional de Energía Eólica y Solar" verabschiedet wurde. Doch das Gesetz, das unter anderem den ausländischen Unternehmen eine Art juristische Sicherheit verschaffen sollte, scheiterte bereits bei der Umsetzung. Vom Kongress 1998 verabschiedet, trat es 2001 endlich in Kraft - theoretisch zumindest. Von der geplanten staatlichen Rückvergütung von einem „centavo" pro erzeugtem und ins Netz eingespeisten kWh an Energie plus einem weiteren „centavo" der Provinz Buenos Aires hat bis jetzt kein Unternehmer etwas gesehen.

Sinje Hörlin

Mehr zum Thema auf der Webseite www.ecopuerto/organizaciones.asp

Wanderer zwischen den Welten

Der erfolgreiche Maler Helmut Ditsch ist Österreicher und Argentinier - und lebt seit zwei Jahren in Irland

„Heimat"

„Heimat ist viel mehr als nur der Ort, an dem man geboren wurde. Es sind viele Faktoren, die Heimat ausmachen. Ich habe deshalb zunächst ziemlich gelitten, als ich nach Österreich gezogen bin, obwohl ich einen österreichischen Pass habe. Aber es ist auch gesund, von der Heimat wegzugehen und andere Kulturen kennenzulernen. Ich habe Österreich viel zu verdanken - ich hätte mich in Argentinien nicht entwickeln können. Andererseits habe ich erst in Österreich gemerkt, was für ein wunderbares Land Argentinien ist, und welch wunderbare Stadt Buenos Aires ist. Früher, als ich noch hier gelebt habe, war ich immer ein Kritiker. Aber jetzt weiß ich, wo ich später leben will: in Buenos Aires. Buenos Aires ist einfach meine Stadt, sie verführt mich. Buenos Aires ist schon als Konzept wunderbar - es ist eine Großzügigkeit eingeplant, eine Eleganz, eine Freiheit, die es den Menschen gestatten, eine ästhetische Vision zu entfalten. Aber auch Wien ist eine phantastische Stadt, und ich betrachte es auch als meine Heimat, obwohl ich schon seit zwei Jahren nicht mehr dort lebe."

„Krise"

„Die Situation in Argentinien ist natürlich sehr schlecht, aber ich sehe eine Menge Potenzial, und das kann man nicht einfach ausschalten. Neue Ideen, neue Strategien, um aus der Krise herauszukommen. Die Leute haben einen Instinkt hier, den gibt es in Europa gar nicht so. Momentan fehlt es vor allen Dingen an Vertrauen."

„Charly García"

„Es war ein Jugendtraum, ich hätte nie geglaubt, dass ich ihn einmal persönlich kennenlernen würde. Er hatte Informationen über mich erhalten, dann hat man uns einander vorgestellt. Ich war zu Tränen gerührt, als ich bei ihm in der Wohnung war. Er ist für mich ein Genie, nicht nur ein Musikgenie, sondern er ist in vielen Bereichen talentiert. Er sagt oft geniale Sachen, hat sehr klare, sehr tiefsinnige Gedanken. Er ist eine Persönlichkeit, die mich sehr inspiriert hat. Er war mein Vorbild - viel mehr als zum Beispiel andere Maler."

„Kreativ bleiben"

„Ich habe Charly García als einen extrem sensiblen Menschen kennengelernt. Er hat keine einfache Position, und das geht ja schon seit Jahrzehnten so... Wenn man zu sehr exponiert ist in der Öffentlichkeit, dann muss man sich einen Schutz aufbauen. Ich beginne das erst jetzt zu spüren: Wenn man kreativ bleiben will, muss man ein Schutzschild haben. Ich bin erst seit sehr kurzem in der Öffentlichkeit. Das liegt an der Reife meines Werkes, vorher hätte es keinen Sinn gehabt. Aber jetzt ist die Nachfrage gestiegen, und ich fühle mich verpflichtet, mich zu stellen, damit der Betrachter meiner Werke auch mich persönlich kennenlernen kann. Wie wäre es, wenn die Leute plötzlich van Gogh sehen würden und die Möglichkeit hätten, ihn etwas zu fragen? Ich werde jetzt einige Zeit in der Öffentlichkeit verbringen, und dann verschwinde ich wieder."

„Karriere-Impuls"

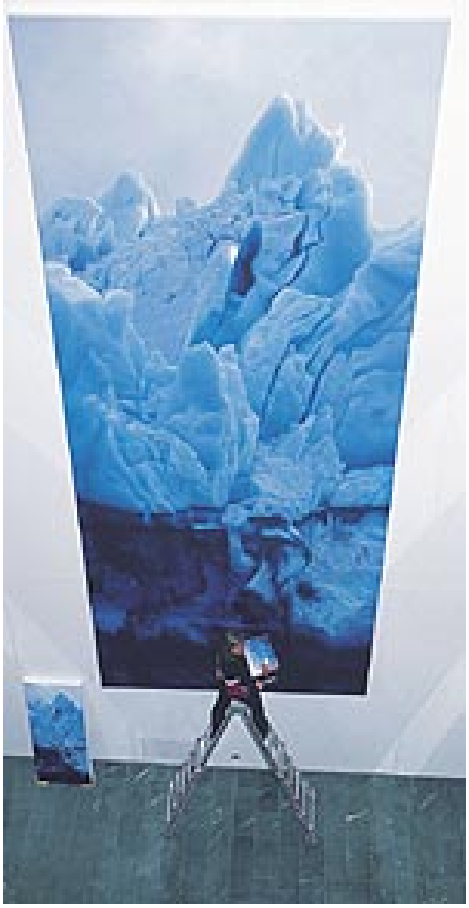
„Seit meiner Ausstellung im Jahr 2001 im Museo Nacional de Bellas Artes von Buenos Aires hat sich in Bezug auf meine Karriere auch viel in Europa getan. Aber es ist mir wahnsinnig wichtig, dass es in Argentinien passiert ist."

„Der Berg ruft"

„Das Bergsteigen war für mich kein Sport, es war viel mehr, es war eine Lebensphilosophie, eine Schule für mich. Der Zweck war nicht, eine sportliche Leistung zu demonstrieren, sondern mich selbst zu kennen. Man ist ganz auf sich allein gestellt, man macht es nur für sich selbst. Es ist natürlich gefährlich, aber es kommt darauf an, wie extrem man es betreibt. Ich habe nur eine sehr kurze Zeit Extrembergsteigen gemacht, etwa drei Jahre... In den Alpen habe ich mich nie sicher gefühlt, während ich mich in den Anden so gut fühle. Ich habe eine große Gletscherdurchquerung in Patagonien gemacht. Das ist ein Gefühl, die Erde so zu erleben, wie sie vor 10.000 Jahren war. Diese Erfahrungen sind so reich. Man wird sich des Lebens so bewusst. Das Leben ist so nahe, weil der Tod so nahe ist. Ich male auch dieses Ausgesetzt-Sein, verbunden mit der Erhabenheit, der Schönheit der Natur."

SF

(Das Argentinische Tageblatt plauderte mit Helmut Ditsch im Juni 2002, als er sich zur Präsentation seines Monumentalwerks „Los hielos" in der Galerie Daniel Maman Fine Art in Buenos Aires aufhielt.)



Das Monumentalwerk „Das Eis und die vergängliche Ewigkeit" in der Österreichischen Galerie Belvedere in Wien im Zyklus „Meister/Werke im Belvedere".

Biographisches

1962 Geboren in Buenos Aires.
1969 Früher Tod der Mutter und Ende einer unbeschwerten Kindheit.
1970 Ditsch sieht zum ersten Mal die 6000 Meter hohen Anden. Sehnsucht nach Weite wird zur Konstante in seinem Leben.
1977 Erste Ölgemälde.
1980-82 Traumatische Erlebnisse während des Militärdienstes in der argentinischen Marine.
1983 Einzelausstellungen in Buenos Aires und Miami. Arbeitet an einer Serie surrealistischer Landschaftsgemälde.
1984 Aufenthalt in den USA.
1985 Beginnt, extrem schwierige Berge zu besteigen. Expeditionen in die Anden.
1986 Ditsch gibt den Surrealismus auf und verarbeitet Erlebnisse als Bergsteiger.
1988 Umzug nach Wien.
1988-93 Malereistudium an der Akademie der Schönen Künste in Wien.

1989 Studienreise nach Israel.
1990 Einzelausstellung in London.
Gruppenausstellung in Wien.
1991 Einzelausstellung in London.
Masterclass-Auszeichnung der Wiener Akademie der Schönen Künste.
1992 Arik Brauer-Preis.
1993 Erstes Monumentalgemälde.
Auszeichnung vom Österreichischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung.
Einzelausstellung in München.
1994 Ditsch zieht in ein Atelier bei Wien.
Ausstellungen in Prigglitz, Erlangen und Wien.
Trifft legendären Bergsteiger Reinhold Messner in Meran.
1995 Überquerung des patagonischen Eises.
Einzelausstellung in Gmunden.
Studienreise zur Sinai-Halbinsel. Arbeit am Zyklus „The Ten Commandments".
1997 Einladung zum „OeNB II"-Wettbewerb der Österreichischen Nationalbank.
Auszeichnung vom Bau Holding Kunstforum/Ausstellung.
1998 Ditsch verbringt mehrere Wochen allein in den österreichischen Alpen, um für sein Gemälde „Das Gebirge" (Mountain Range) zu recherchieren.
1999 Ditsch malt „Großglockner II" für die Bundespolizeidirektion Villach.
Nach zwei Jahren Arbeit beendet er sein Monumentalgemälde „Das Gebirge", 150 x 1190 cm, für die Österreichische National-bank.
2000 Ditsch verlegt sein Atelier nach Irland.
Ausstellung in Wien.
2001 Gruppenausstellung in Budapest.
Wanderausstellung: Buenos Aires und Santiago de Chile.
Ditsch trifft Rocklegende Charly García in Buenos Aires.
2002 Beendet das Monumentalwerk „Das Eis und die vergängliche Ewigkeit" (The Ice And The Transitory Eternity), das in der Galerie Belvedere in Wien im Zyklus „Meister/Werke im Belvedere" gezeigt wird.
Gruppenausstellung „Mo(u)numental" im Tiroler Landesmuseum in Innsbruck.
Monumentalwerk „Los hielos" in der Galerie Maman, Buenos Aires.

Pläne für 2002/2003
Einzelausstellung in der Kunsthalle Krems, Österreich, 14.11.2002-9.3.2003.
Teilnahme an der Ausstellung „A good view" im Kunsthaus Meran, Italien., 2003.

Nur 15 Minuten Ruhm?

„Popstars" sind die neuen Jugendidole

Tausende Mädchen, die Mehrheit zwischen acht und 14 Jahre alt, schreien ekstatisch, tanzen und singen lauthals die Ohrwürmer ihrer Idole, klatschen und klatschen, bis diese endlich auf der Bühne stehen. So ist die Atmosphäre bei einem Konzert der neuen argentinischen Popgruppe „Bandana". Die fünf Mädels, von denen nur wenige über 20 Jahre alt sind, sind inzwischen eine feste Größe im nationalen Starrummel. Sie haben eigene Webseiten, unzählige Fan-Klubs, eine Zeitschrift, verkaufen zigtausende CD´s und jede Menge Merchandising. Sie füllen bei ihren Auftritten die größten Säle von Buenos Aires und ihre Lieder werden überall gehört.

Vor einem Jahr war das noch ganz anders. Damals träumten Lourdes, Yvonne, Virginia, Lissa und Valeria wie heute ihre Fans von einer Showkarriere. Vor einem Jahr war jede ein einfaches, unbekanntes Mädchen. Der Traum, ein Star zu werden, wurde nach einem Riesen-Casting wahr. Die fünf Mädchen wurden aus 2500 Teilnehmerinnen (die auf der Strecke blieben, aber immerhin Teil des Auswahlprozesses im Fernsehen waren) als Gewinnerinnen der TV-Reality-Show „Popstars" ausgewählt. Der Auswahlprozess war Kern des TV-Programms. Die Mädchen, die es nicht schafften, ihre Tränen und Leiden, waren die „Würze" dieser Sen-dung.

Doch der Ruhm hat auch seine Schattenseiten. Die neuen Pop-Ikonen haben fast kein Privatleben mehr. Tanzen gehen oder einfach ganz normal über die Straße laufen, ist für sie undenkbar. Ohne Bodyguard können sie sich nicht mehr bewegen. Zudem müssen sie früh aufstehen, jeden Tag üben, Körpertraining und Diät machen (Popstars müssen fit sein und gut aussehen!), Foto-Sessions geben, zwei Auftritte pro Tag durchstehen und spät ins Bett gehen. Für die Familie, Freunde und persönliche Interessen bleibt da kaum noch Zeit.

Der Star ist nicht mehr Herr seiner selbst. Wenn man bekannt ist, muss man auf das eigene Image aufpassen. Rauchen und trinken in der Öffentlichkeit ist verboten. Besser, wenn man die Freunde oder Beziehungen der fünf neuen Divas nicht kennt.

Lohnt es sich, auf so vieles zu verzichten? Wiegen der Applaus, der Erfolg, die Anerkennung Tausender diesen Verzicht auf?

Während der Bandana-Rummel bereits ein bisschen nachlässt, ist die zweite Popstar-Staffel bereits gelaufen. Diesmal waren die Jungs an der Reihe. Mambrú, das neue fünfköpfige Pop-Team, weiß schon, was auf sie wartet: Massiver Verkauf ihrer Platten, Ruhm und Erfolg, aber die Hoffnungen und der Druck auf sie sind bestimmt größer. Scheitern ist nicht erlaubt, denn auch in anderen Ländern war das Konzept ein Riesenerfolg. In Deutschland standen die Mädchenband No Angels und die Boygroup BroSis wochenlang ganz oben in den Hit-paraden.

Der Star ist ein Produkt, und über dieses wacht eine Produktionsfirma. Natürlich spielt hier Geld eine große Rolle, und die Popstars sind nicht die Einzigen, die an diesem großen Geschäft verdienen. Sie wussten das, und sie wussten, was von ihnen erwartet wurde. Deshalb sind sie keine Opfer, auch wenn Arbeit und Aufopferung ein Teil ihrer Karriere sind. Ihre geheimsten Wünsche sind erfüllt worden. Heute machen sie das, was sie erträumt haben.

Doch was wird, wenn der erwartete Erfolg ausbleibt? Mag sein, dass es für Mambrú nur ein kurzer Sommer im Rampenlicht sein wird - ihr erstes Konzert haben sie am 1. November -, aber mit tausenden verkauften CDs wird er doch bleibender sein als der kurzlebige Ruhm anderer Reality-Geschichten wie Big-Brother etc., in denen die Teilnehmer einfach nur dasitzen und sich unterhalten.

„Jeder Mensch hat ein Recht auf 15 Minuten Ruhm im Leben", sagte der Popart-Künstler Andy Warhol. Man muss sehen, was die Popstars aus diesen 15 Minuten machen. **Lucía Alfonso**

Auslaufmodell Nationalstaat?

„Cuestiones de Agenda": Joachim Hirsch im Gespräch mit argentinischen Intellektuellen

Hat der Nationalstaat Zukunft? Und wenn, wie sieht diese aus? Bringt uns die Globalisierung einen Weltstaat oder globales Chaos? Über dieses Thema diskutierte am Mittwoch vergangener Woche Professor Joachim Hirsch mit Maristella Svampa (Universität San Martín) und Juan Tokatlian (Universität San Andrés) im Goethe-Institut in Buenos Aires. Der Politologe an der Universität Frankfurt vertritt die These, dass unser Begriff vom Nationalstaat neu überdacht werden muss. Denn in Zeiten weltweiter wirtschaftlicher Verflechtungen und gegenseitiger Abhängigkeit, gehört die Vorstellung vom Staat als geschlossene territoriale Organisationsform der Vergangenheit an: Der Nationalstaat wird „international".

Diese Entwicklung ist jedoch nicht automatisch als dessen Auflösung zu verstehen, sondern nur Ausdruck eines Wandels, der sich innerhalb des kapitalistischen Staatensystems vollzieht. Der Staat wird selbst ein Bestandteil des Produktionsverhältnisses, dessen Standortoptimierung zum beherrschenden politischen Imperativ. Die Wirtschaft bestimmt mehr und mehr die Inhalte der Politik der einzelnen Staaten, die in den Wettlauf um das mobile Kapital eintreten. Durch den Denationalisierungsprozess entstehende Probleme entziehen sich mehr und mehr dem Machtbereich der einzelnen Staaten, die über immer weniger Interventionsmöglichkeiten verfügen, um ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Wenn von „eigenen" Angelegenheiten überhaupt noch die Rede sein kann. Ist es etwa Angelegenheit der Dritte-Welt-Länder, die Folgen der Klimaveränderung, für die sie in der Regel am wenigsten verantwortlich sind, mitzutragen? Diese uneinheitliche Entwicklung, innerhalb derer sich die „starken" Staaten zu Lasten der „schwachen" Staaten entwikkeln, ist für das Demokratieverständnis Hirschs „untragbar".

So besorgniserregend die Begleiterscheinungen von Globalisierung

klingen mögen. Hirsch ruft auch ins Gedächtnis, welche verhängnisvollen historischen Auswirkungen der nationale Gedanke in der Vergangenheit hatte und welche Gefahren dieser immer noch in sich birgt. Das bei Rechtspopulisten beliebte Rezept, soziale Probleme zu überspielen, indem man sich auf die gemeinsame Nationalität beruft, ist nur allzu gut bekannt. Doch die Gesellschaft eines Landes mit ihren unterschiedlichen Realitäten ist keine Einheit. Seine Grenzen verlaufen in der Regel nicht zwischen innen und außen, sondern zwischen oben und unten. Insofern ist ein Herrschaftsapparat, der sich durch eine nationale Identität legitimiert, keine Realität, sondern bloßes Konstrukt.

Die Geschichte Lateinamerikas, wo ein grundsätzlich autoritäres Verständnis vom Staat herrscht, ist ebenfalls kein rühmliches Beispiel: Die Militärdiktaturen handelten allesamt im Namen der „Nation“.

Ein wesentliches Problem der Staaten der Gegenwart sieht Hirsch darin, dass diese den Interessen der Bevölkerung nicht mehr dienen können. Diese Entwicklung, die ihren Niederschlag in rechtspopulistischen Tendenzen und zunehmender Wahlverdrossenheit der Bürger findet, betrifft alle politischen Systeme und macht auch vor der westlichen Welt nicht Halt. So trauen die Deutschen laut Umfragen den Politikern am wenigsten zu. In Argentinien äußert sich diese „Krise der Repräsentation“ in weitaus stärkerem Maße: „Que se vayan todos.“

Sinje Hörlin

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 3,64. Die Terminkurse betrugen zum 31.10. $ 3,64, zum 29.11. $ 3,69, zum 31.12. 3,76 und zum 31.1.03 $ 3,87.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,6% auf 437,49, der Burcapindex um 0,9% auf 1.458,28 und **der Börsenindex legte 0,9% auf 22.241,61 zu.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 0,4% auf $ 1,9150.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 18.10. U$S 9,63 Mrd., der Banknotenumlauf $ 15,36 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 9,38 Mrd. bzw. $ 15,49 Mrd., einen Monat zuvor U$S 9,47 Mrd. bzw. $ 15,06 Mrd. und ein Jahr zuvor $ 19,62 Mrd. bzw. $ 10.92 Mrd.

***

Obwohl der Rechtsstreit um die Übername des Las Leñas Skiressorts durch die von der malaysischen Walbrook kontrollierten Nieves de Mondoza noch nicht beendet ist, gab die Firma bereits bekannt, dass sie dort in den nächsten 5 Jahren U$S 10 Mio. investieren wird. Der Umstand, dass der richterliche Entscheid über die Ausschreibung, bei der 37% der Nieves de Mendoza zugeschlagen wurden, noch aussteht, sei kein Hindernis, Investitionen in der unmittelbaren Umgebung zu beginnen. U$S 7 Mio. sollen in Erweiterungen und Verbesserungen der Abfahrten sowie in Infrastruktur investiert werden, die restlichen U$S 3 Mio. in ein Landwirtschafts-Touristik-Konglomerat, in dem auf 150 ha auch Kartoffelkeime angebaut und Exportvieh gezüchtet werden soll. Nieves de Mendoza hat bereits U$S 9 Mio. in der gleichnamigen Provinz investiert und besitzt dort 20.000 ha. Im Vorjahr hat sie bei der Ausschreibung der Beteiligung am Skiressort, 11,2% von Growler Trading und 25,7% einer Treuhand unter der Federführung der Galiciabank, das Immobilienunternehmen Irsa (vormals G. Soros) mit einem Angebot von U$S 3,1 Mio. ausgestochen.

***

Wie das Tier- und Pflanzengesundheitsamt Senasa bekanntgab, sind die Fischausfuhren in den ersten 9 Monaten dieses Jahres um 16% grösser als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Rindfleischausfuhren erreichten bisher 179.000 t für U$S 338 Mio. Nach dem Maul- und Klauenseuche-Ausbruch konnten 50 Auslandsmärkte wiedergewonnen werden, an erster Stelle Ägypten, das bisher 16.055 t abgenommen hat.

***

Ein Gericht hat die Citibank verurteilt einem Mann $ 745 Spesen- und $ 45.000 Schadenersatz, insgesamt $ 45.745 zu bezahlen. Er hatte 1997 einen Kreditantrag gestellt, der zurückgewiesen wurde, weil ein sehr ähnlicher Name eines Mannes, der 22 ungedeckte Schecks ausgestellt hatte, auf der schwarzen Liste der Veraz-Organisation stand. Von da an konnte das Opfer keine Kreditkarte mehr verwenden und keinen Kredit mehr erhalten. 2 Immobilien auf seinen Namen wurden gepfändet. Über 5 Jahre später kann er wieder ein normales Geschäftsleben führen.

***

In den ersten 8 Monaten 02 wurde mehr Frischgemüse exportiert als im ganzen Vorjahr wie das Senasa-Amt mitgeteilt hat: Zwiebel 154.000 t gegen 151.000 t im ganzen Vorjahr, rote Rüben 4.700 t gegen 1.900, Tomaten 1.800 t gegen knapp 1.000 t, Kürbisse 1.200 t gegen 850 und Kopfsalat 290 t gegen 162, insgesamt 212.000 t gegen 156.000 t im ganzen Jahr 01.

***

Privaten Quellen zufolge wurde in diesem Jahr bisher Frischgemüse für rd. U$S 50 Mio. exportiert. Zwiebel brachten davon U$S 21 Mio. ein, Kürbisse U$S 400.000, Spargel, zu U$S 100 die t nach USA, U$S 70 Mio., Kopfsalat (vorwiegend nach Uruguay und Brasilien) U$S 50.000 und rote Rüben U$S 7.000.

***

Die Leitung des IWF hält an der Absicht fest, das Abkommen mit Argentinien vor dem 9. November abzuschliessen. Dennoch verlautet, dass die hohen Beamten des Fonds noch Schwierigkeiten sehen, besonders was die Tarife für öffentliche Dienste, die von Privatfirmen geleistet werden, betrifft. Der IWF steht hier unter Druck europäischer Staaten, in denen die Mutterhäuser der argentinischen Unternehmen sitzen. Lavagna besteht auf geringen Zunahmen der ab 1.1.02 pesifizierten und eingefrorenen Tarife (die nur beim Strom um 12% erhöht wurden), so dass die Zunahme in diesem Jahr 10% betragen soll. Die Unternehmen fordern hingegen per sofort 30% bis 50%, und beim Gas sogar 100% (weil sonst laut Repsol-YPF-Sprechern keine neuen Erschliessungsarbeiten durchgeführt werden und bald Knappheitserscheinungen eintreten würden). Auf alle Fälle ist das viel weniger als die 260% der Abwertung, so dass ein Vermögensverlust hingenommen werden muss.

***

Das Steueramt der Provinz Buenos Aires („Dirección de Rentas“) hat eine aggresive Kampagne gegen säumige Steuerzahler eingeleitet und ab 1. September 1,4 Mio. Mahnungen verschickt, von denen 350.000 auf die Bruttoumsatz-Steuer, 340.000 auf Kfz-Zulassungsgebühren und 750.000 auf die Immobiliensteuer entfallen. Gleichzeitig hat der Unterstaatsekretät für Finanzen, Santiago Montoya, eine Reihe von bekannten Personen genannt, die als Besitzer von Immobilien in Country Clubs oder sonstwo die Immobiliensteuer seit geraumer Zeit nicht gezahlt hätten. Die allermeisten hatten jedoch gezahlt, was bei der üblichen Amtsschlamperei nicht registriert wurde, so dass sie geharnischten Protest erhoben und sich Montoya in einem Schreiben an diese Steuerzahler entschuldigen musste. Dabei hiess es auch, dass der ehemalige Wirtschaftsminister José A. Martinez de Hoz 467 Immobilien in der Provinz habe und über eine Million Pesos schulde. Das stimmt jedoch nicht und wurde vor etwa 10 Jahren schon geklärt, als die gleiche Beschuldigung aufkam und öffentlich verbreitet wurde. Es handelt sich um eine Landaufteilung („loteo“) in Chapadmalal, bei Mar del Plata, die vor mehreren Jahrzehnten erfolgte, wobei der Provinzkataster und/oder das provinzielle Steueramt von diesen Verkäufen offensichtlich nicht Notiz genommen haben.

***

Das Frachteisenbahn-Unternehmen Ferroexpreso Pampeano gab den Beschluss bekannt, zum Jahresende von seinem Konzessionsvertrag für den Getreidetransport zurückzutreten, wenn der Staat nicht die Instandsetzung der Hauptstrecken übernimmt, die Bahía Blanca und Rosario verbinden. Sie stehen zur Hälfte unter Wasser. Es ist das 2. Mal seit der Konzessionsübernahme 1991, das das mehrheitlich von Techint, in Partnerschaft mit Comercial del Plata kontrollierte Unternehmen staatliche Unterstützung für ihr 5.230 km langes Schienennetz fordert.

***

Das Erdölunternehmen Pan American Energy hat die durch das Staatsdefault entstandene Krediteinschränkung für die Privatwirtschaft gesprengt und Obligationen erfolgreich ausgegeben. Auf dem Binnenmarkt konnte sie U$S 15,5 Mio. unterbringen. Die garantierten Obligationen Klasse 2 haben 2 Jahre Laufzeit und einen Jahresnennzinssatz von 7%.

***

Der von Credit Suisse First Boston kontrollierte DLJ Merchant Banking Investmentfonds hat von L.A. Pulenta das 72%ige Mehrheitspaket von Peñaflor, der grössten Weinkellerei des Landes, übernommen. Peñaflor schuldete DLJ rd. U$S 60 Mio., die jetzt kapitalisiert wurden. DLJ kontrolliert jetzt die Weinkellerein Peñaflor, Trapiche, Santa Ana und Michel Torino. Die Gesamtschulden von Peñaflor hatten zum Zeitpunkt der Abwertung U$S 110 Mio. betragen.

***

Als nicht usuelle Geste guten Willens will die Regierung Bush US-Berater in Antidumpingfragen nach Argentinien schicken. Besonders bei Honig, bei dem Argentinien zum weltersten Exporteur aufgerückt ist, ist es für die vielen kleinen Imker schwer, die aufwendigen Beratungen über Antidumping- und Kompensationsbestimmungen in den USA zu bezahlen. Diese nicht-zollmässigen Handelsschranken sollen damit überwunden werden.

***

Russland hat die Sanitätsmassnahmen der argentinischen Behörden gutgeheissen und kauft hier wieder Rindfleisch. Die Grössenordnung der jährlichen Lieferungen wird mit rd. U$S 50 Mio. angegeben. Allerdings hat Russland im bisherigen Rekordjahr 1996 8.244 t für U$S 11 Mio. und 01, dem letzten Jahr vor dem Maul- und Klauenseucheausbruch, 4.985 t für U$S 5 Mio. abgenommen.

***

Die Regierung wird dem Konzessionär für die Brücke Rosario-Victoria $ 52 Mio. Subvention zahlen, damit sie im März, 2 Monate vor der Regierungsübergabe, eingeweiht werden kann. Der Bau wurde zu Jahresanfang wegen der Finanzierungs-

KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

Wirtschaftstätigkeit auf dem Stand von 1993

Im August lag die vom Statistikamt Indec ermittelte Wirtschaftstätigkeit um 11,4% unter der des gleichen Vorjahresmonates und um 0,9% über jener des Vormonates. Der Vorjahresvergleich der ersten acht Monate des Jahres ergibt einen Rückgang von 14,1%.

Dabei wurde eine neue, vom Statistikamt für die Kontrolle der monatlichen Entwicklung ausgearbeitete Methode angewendet, die agiler ist, aber nicht so genau wie die Quartalsermittlungen, die zur Berechnung der Entwicklung des BIP herangezogen werden. Nach diesem neuen Index ergab die Wirtschaftstätigkeit im August 99,9 Punkte. Für den Index wird die Wirtschaftstätigkeit des Jahres 1993 zu Vergleichszwecken mit 100 Punkten eingesetzt.

Der Indecbericht führt an, dass sich bei Anhalten der bisherigen Entwicklung die Voraussage der Wirtschaftsführung, dass das BIP 2002 um 11,5% schrumpfen werde, ungefähr erfüllen wird. Denn obwohl der Rückgang bis August bereits über 14% betrage, werde im letzten Quartal mit einstelligen Zahlen gerechnet, da im entsprechenden Vorjahresquartal die Wirtschaft dem Stillstand nahe war.

Kassenbewegungen des Schatzamtes

Das Schatzamt hatte im September ein Kassendefizit von $ 928,8 Mio., gegen einen Überschuss von $ 171 Mio. im gleichen Vorjahresmonat. Wie im Wirtschaftsministerium velautete, hatte der Staat einen Primärüberschuss, einschliesslich der von Provinzen übernommenen Rentenkassen und ohne Zinszahlungen, von $ 92,9 Mio., gegen $ 424,8 Mio. Überschuss im September des vergangenen Jahres. Die Zinsfälligkeiten im September waren jedoch auf über $ 1,12 Mrd. angewachsen, gegen $ 451,3 Mio. im September des Vorjahres. Das übertraf die Eingänge aus den Exportsteuern und die durch die Preissteigerungen erhöhten MwSt.-Einnahmen.

Bei den laufenden Einnahmen wurde im Vorjahresvergleich eine Zunahme von rd. $ 225 Mio. auf $ 1,88 Mrd. verzeichnet. Hier legten besonders die Steuereinnahmen um etwa $ 512 Mio. auf $ 1,78 Mrd. zu. Die Zinszahlungen in Dollar an internationale Körperschaften hingegen liessen die laufenden Ausgaben um $ 1,32 Mrd. auf $ 2,78 Mrd. anschwellen.

Die Kassenbewegung in Mio. Pesos

	September		erste 9 Monate	
	2001	2002	2001	2002
Laufende Einnahmen	1.623,6	1.848,4	14.868,1	15.781,3
Laufende Ausgaben	1.452,5	2.777,2	19.858,4	18.983,3
Ergebnis	171,1	-928,8	-4.990,3	-3.201,7
Kapital-Einnahmen	0,1	0,1	48	8,3
Kapital-Ausgaben	121,8	25,9	591,4	210,6
Gesamteinnahmen	1.623,7	1.848,5	14.961,1	15.789,6
Gesamtausgaben	1.574,3	2.803,1	20.449,8	19.193,6
Schatzamtsergebnis	49,4	954,6	-5.533,7	-3.404
Provinzrentenkassen	65,9	74,9	-806,9	-745
Finanzergebnis	16,5	1.029,5	-6.340,6	-4.149
Primärübersch. mit Provinzrentenkassen	434,8	92,9	1.564,8	852,5

Quelle: Wirtschaftsministerium

schwierigkeiten des Konzessionärs, eingestellt. $ 5 Mio. werden vorgeschossen und $ 47 Mio. nach Fertigstellungen von Bauetappen ausgezahlt. Die Mittel werden dem Sisvial-Treuhandfonds entnommen, der mit der Dieselölsteuer finanziert wird. Mit den Gouverneueren der beiden Provinzen, Santa Fe und Entre Rios, die die Brükke verbindet, wurden zusätliche Abkommen über Ausschreibungen von Zufahrtstrassen und Überschwemmungs-Schutzbauten unterzeichnet.

***

Finanzsekretär Nielsen führte die Verzögerungen beim Abkommen mit dem IWF auf Verantwortungsbewusstsein zurück. Man müsse aufhören, sich irgendwie zu verpflichten und 3 Monate später um Aufschub anzusuchen. Argentinien müsse vertrauenswürdige Abkommen unterzeichnen, die auch erfüllt werden können.

***

Die Stromverteilungsbehörde Enre hat zu öffentlichen Anhörungen über die Stromverteilungstarife aufgerufen. Vom 18. bis zum 26.11. sollen sie in Salta, Mendoza, Neuquén, Tandil, Trelew, Formosa und Buenos Aires stattfinden. M. García Cuervo wurde zum Verteidiger der Verbraucher ernannt, desgleichen wurden Ombudsman Mondino und Verbraucherschutzorganisationen eingeladen.

***

Die Tankstellen wurden vom Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) verpflichtet, Qualitätskontrollen bei den Kraftstoffen durchzuführen, die sie zum Verkauf erhalten. Die Tankstelleninhaber müssen belegen, dass die Treibstoffe die sie von den Erdölgesellschaften erhalten und weiterverkaufen qualitäts- und steuermässig den amtlichen Anforderungen entsprechen.

***

Eine Fachgruppe in Verfassungs- und Umweltrecht hat die argentinischen Gesetzgeber aufgefordert, das Kernkraftabkommen mit Australien nicht zu billigen. Argentinien soll einen Reaktor für Australien bauen und sich verpflichten, radioaktive Rückstände aus demselben zur Weiterbehandlung zu übernehmen, was gegen die Verfassung verstosse.

***

Die Finanzschwierigkeiten der zur Exxel Group gehörenden Fargo-Bäckerei, haben die von ihr kontrollierten Fresh Food und Capital Food vor das Konkursgericht gebracht. Sie gehören zu den Garanten von Fargo.

***

Etoss, das Überwachungsorgan der Wasserver- und Entsorgung, hat Aguas Argentinas Strafzahlungen von $ 4,86 Mio. auferlegt. Verpflichtete Dienstleistungen und Forderungen von Verbrauchern sollen nicht erfüllt worden sein.

***

Vizeaussenminister Redrado gab weitere Fortschritte bei den Verhandlungen mit den USA bekannt. 14 weitere argentinische Erzeugnisse können ab Anfang 03 zollfrei in die USA eingeführt werden. Unter ihnen befinden sich Erdnüsse, Molkereiprodukte und Schraubenbolzen. Auch werde über Rindfleischlieferungen verhandelt und mit der Öffnung ab Juli 03 gerechnet. Die Senasa sieht bereits Fleischlieferungen in die USA vor Jahresende voraus. Die USA wollen die Importbewilligung für Argentinien auf vorgekochtes saftloses Fleisch ausdehen. Bisher ist nur die Einfuhr von Konservenfleisch gestattet.

***

Erzeugnisse von Misiones, die nach ausserhalb dieser Provinz verkauft werden, unterliegen einer neuen, „mera compra“ benannten Steuer. Sie beträgt 2,5% auf 50% des Gesamtbetrages des Verkaufes. Laut Paragraph 126 des Provinzsteuergesetzes wird die Steuer auf alle in den Provinz mit lokalen Rohstoffen (Mate, Holz usw.) verarbeiteten Erzeugnisse, sowie auf die der Land- und Forstwirtschaft, Obst und Gemüse und Mineralien zur Verarbeitung oder den Verkauf ausserhalb des Provinzgebietes erhoben.

***

Durch Beschluss Nr. 526/02 (Amtsblatt vom 23.10.02) hat die Regierung die Ausfuhrsteur auf Dieselöl rückwirkend ab dem 1.8.02 von 20% auf 5% verringert. Im Gegenzug dürfen die Erdölgesellschaften den Inlandspreis für dasselbe nicht erhöhen. Damit beträgt die Ausfuhrsteuer für Rohöl nun 20%, für Dieselöl und Pressgas 5% und für Benzin 0%.

***

Laut Enargas, der Erdgas-Überwachungsbehörde, die sowohl für die Gasverteilung, als auch für die Direktlieferungen der Förderunternehmen an Grossabnehmer verantwortlich ist, hat der Gasverbrauch, besonders durch die Lieferungen an die Industrie, in den letzten 4 Monaten zugenommen. Von Februar bis Juni nahm er ständig ab und ab Juni begann die Zunahme. Im September lag er mit 2,47 Mio. cbm um 6,8% über dem gleichen Vorjahresmonat. Beim reinen Industrieverbrauch begann die Erholung bereits im April, so dass hier der Vorjahresvergeich der ersten 9 Monate nur ein Minus von 0,05% ergebe.

***

Der Kundenverband der Finanzdienstleiter fordert, dass die Aufhebung der Zwangsversteigerungen wegen Hypothekenschulden verlängert wird, bis die Schulden umberechnet und die Zahlungen umprogrammiert worden sind. Verbandspräsident Druetta erklärte, dass es widrigenfalls am 13.11. landesweit 56.000 Versteigerungen von Häusern, Ländereien und Arbeitseinrichtungen geben würde. Unter den Verbandsmitgliedern befinden sich auch Landwirte, deren Liegenschaften unter Wasser stehen.

***

Die Rechtsvertreter der spanischen Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas haben dem Konkursgericht das Abkommen vorgelegt, das mit mehr als 60% der Gläubiger für mehr als 81% des Firmenkapitals erreicht wurde. 600 Gläubiger waren stimmberechtigt. Die argentinische Luftwaffe und der Flughafenkonzessionär AA2000 gehören der Gläubigerminderhait an, die das Angebot zurückgewiesen hat, das einen Abschlag von 60% der Schuld von rd. $ 2 Mrd. vorsieht. Laut Gesetz muss das Angebot innerhalb von 30 Tagen rechtskräftig unterzeichnet sein. 3 Monate später muss Aerolíneas 10% bezahlen, in 12 Monaten 35% und in 24 Monaten 55%.

***

Consulyf, das Holding der argentinischen Stromarbeitergewerkschaft, hat von Gaz de France das Gasverteilungsunternehmen Gas del Sur und damit auch das 41%ige Kontrollpaket Gas Noreste Argentino (Gas NEA) übernommen, die im Februar ihre Gläubiger einberufen musste. Sie übernimmt die Geschäftsführung und will mit $ 60 Mio. Investition in 3 Jahren 80.000 neue Kunden in der Provinz Entre Rios versorgen. Gaz de France behält aus technischen Gründen Gaseba, die 15% von Gas Nea hält und später an das Holding verkauft wird. 20% von NEA gehört der Provinz Entre Rios und je 12% der Roggiogruppe und Pan American Energy.

***

Supermärkte und Shoppings im September

Dem Bericht des Statistikamtes Indec über die mengenmässige Absatzentwicklung bei Supermarktketten und in Shoppings ist zu entnehmen, dass die Septemberverkäufe der Supermärkte im Vorjahresvergleich um 31,1% geringer waren, im Vormonatsvegleich um 1,5%. Bei den Shoppings wurden durch den Fremdenverkehr um 1,2% grössere Verkäufe erzielt als im August, jedoch um 16,3% weniger als im Vorjah-resseptember.

Der Verbrauch ist demnach, nach den gleichen Angaben, im zwanzigsten Monat in Folge im Vorjahresvergleich zurückgegangen. Die letzte Zunahme, 4,5%, wurde im Januar 01 verzeichnet.

Die Umsatzzahlen der Supermärkte waren mit $ 1,256 Mrd. gegenüber September 01 um 18,7% grösser, gegenüber dem Vormonat allerdings um 5,2% geringer. Das sei auf den zunehmenden Übergang auf billigere Waren zurückzuführen. Die Shoppings verkauften im September für $ 129,5 Mio. um 21,2% mehr als im gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 8,8% weniger als im August.

Die saisonbereinigte Ermittlung des Statistikamtes ergibt im September-Vorjahresvergleich eine mengenmässige Absatzschrmpfung von 33,1% bei Preiserhöhungen von 77,5%. Im Vergleich der ersten neun Monate gingen die abgesetzten Mengen um 23,9% zurück und die Preise stiegen um 42,5%.

Der Konflikt mit der Belgrano-Eisenbahn

Das vom Parlament abhängige allgemeine Kontrollamt Auditoría General de la Nación hat empfohlen, dass der Staat von dem Konzessionsvertrag des Frachtbereiches der Belgranobahn, der mit der Eisenbahnergewerkschaft Unión Ferroviaria abgeschlossen wurde, zurücktreten soll.

Das Amt hat die Betriebsführung vom 15.11.99, dem Tag der Übernahme, bis zum 30.5.02 kontrolliert und in dem gesamten Zeitraum ständige schwere Unregelmässigkeiten festgestellt. Unter anderem wurden mangelhafte Instandhaltung, Nichterfüllung der verpflichteten Investitionen und die Nichteinzahlung des Gesellschaftskapitals bemängelt.

Von Anfang an ist auch der Staat seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Heute verzeichnet die Bahn, wegen ihrer bedeutenden und anerkannten Infrastrukturmängel, eine Frachtgutverringerung von 34%.

Das 10.481 km lange Schienennetz der Belgranobahn, mit Abstand das längste aller Frachtbahnkonzessionäre, verbindet Buenos Aires mit Rosario, Santa Fe, Córdoba, Resistencia, Salta, Jujuy, Tucumán, Catamarca, San Juan, Mendoza und Formosa.

Der in Kraft befindliche Konzessionsvertrag bestimmt, dass der Staat in den ersten fünf Jahren jährlich U$S 50 Mio. einzuschiessen hat, insgesamt U$S 250 Mio., die nie bezahlt wurden. Im Haushaltsplan 2000 waren für diesen Zweck $ 20 Mio. vorgesehen, die jedoch nicht bereitgestellt wurden, wie die Gewerkschaftsführung bemängelt.

Wegen ungenügender Mittel sind derzeit 100 der 148 Lokomotiven des Unternehmens nicht betriebsfähig, wodurch auch das Frachtangebot geringer ist. Das Unterstaatssekretariat für den Eisenbahntransport gab die Verantwortung des Staates zu, erklärte jedoch, ein Rücktritt vom Vertrag sei undenkbar, da er einen Millionenenschweren Prozess gegen den Staat mit sich bringen würde.

Das Kontrollamt sieht deshalb nur drei Möglickeiten: Vom Konzessionär die Vertragserfüllung fordern, zu prüfen, ob der Konzessionsvertrag durchführbar ist und wie unter den gegenwärtigen Notstandsbedingungen eine Neuaushandlung durchgeführt werden kann und man könne vom Vertrag zurücktreten.

Die Gewerkschaftsführung gab zu bedenken, dass von dem Betrieb der Strecke 1.800 Familien abhängen. Andererseits gab sie zu, dass die Weiterführung des Betriebes unter den gegebenen Umständen immer schwieriger werde. Jeden Monat müsste $ 1,5 Mio. für Löhne, Gehälter und unerlässliche Betriebsmittel wie Dieselöl gezahlt werden. Dafür verfüge die Bahn nur über ihre Direkteinnahmen.

Die französische Vivendi Universal hat Lagardere, der Hachette besitzt, die in Argentinien den Salvatverlag kontrolliert, ihre Verlagsgeschäfte in Europa und Lateinamerika für einen Mindestbetrag von E 1,25 Mrd. verkauft. Die Übernahme schliesst den hiesigen Aique-Verlag ein, der 1976 gegründet wurde und sich auf Schulbücher spezialisiert. Er wurde 1999 von Havas übernommen, die nachher mit Larousse fusionierte. Lagardere kontrolliert nun 40% des argentinischen Schul- und Wörterbuchmarktes. Vivendi hat verkauft, um seinen Schuldenberg von E 35 Mrd. abbauen zu können.

***

Das Stromvertriebsunternehmen Edenor hat mitgeteilt, dass es eine Bondsfälligkeit von U$S 3,4 Mio. nicht bezahlen wird. In Finanzkreisen verlautete, dass die Schuld von Electricite de France, die 51% von Edenor hält, beglichen wird. Edenor hat im Dezember Obligationen für U$S 82 Mio. mit der Garantie von Electricite de France ausgegeben.

***

Die brasilianische Petrobras hat ihre 3. Tankstelle in Buenos Aires, an der Kreuzung der Dorrego- und Muñecasstrassen, in Betrieb genommen. Bis Jahresende sollen es 40 Tankstelllen sein.

***

Die Provinzjustiz von Formosa hat das Erdölunternehmen Repsol YPF verurteilt. Es muss Zahlungen der Lubricom-Tankstelle in Bocanfor-Provinzbonds zum Nennwert, 1:1 zum Peso, zu 100% annehmen.

***

Die ZB hat die Zinssätze für ihre Lebac-Wechsel erneut verringert. Für Pesowechsel auf 14 Tage von 15% auf 11,9% im Jahr, auf 1 Monat von 30% auf 25,9%, auf 56 Tage von 39,9% auf 35,9% und auf 84 Tage um knapp 3% auf 55%. Die neuen Lebac auf 182 Tage boten 79% und es konnten mit $ 41,32 Mio. bei einem Angebot von $ 61,32 Mio. doppelt soviel untergebracht werden als bei ihrer Vorstellung. Im Allgemeinen werden die Fristen der Unterbringungen länger. Am erfolgreichsten waren die Wechsel auf 54 Tage, für die $ 76,71 Mio. geboten wurden.

***

Das Regierungsangebot von Bodenbonds für umprogrammierte Bankeinlagen fand kaum Interesse. Nur 3% der Anleger übernahmen die Bonds im Rahmen des neuen Umtauschplanes II.

***

Im 1. Halbjahr 02 hat sich die Verschuldung der Provinzen von $ 30,07 Mrd. auf $ 64,29 Mrd. mehr als verdoppelt. Sie beträgt 19,2% des BIP gegen 11,1% vor 6 Monaten. Die Zahlen enthalten weder Lieferantenschulden, noch rückständige Gehaltszahlungen. Von den Hauptposten der Schulden, nahmen im Vergleichszeitraum Provinzbonds um 129%, Bankschulden um 75% und Schulden an internationale Körperschaften um 261% zu. Die Abwertung hat die Verpflichtungen aus Bonds und bei den internationalen Körperschaften stark erhöht. Provinzbonds für rd. U$S 4,7 Mrd. unterliegen ausländischen Gerichtsstandorten. Von der Gesamtschuld wurden $ 22,18 Mrd. vom Eintauschplan der Regierung betroffen, von den Bonds mit Auslandsgarantien nur U$S 1,2 Mrd.

***

Irsa und Cresud (vormals G. Soros) bieten den gewaltigen Kursrückgang ihrer Aktien als besonderen Investitionsanreiz an. Die in Aktien umwandelbaren Obligationen, die beide Unternehmen ausgeben, sollen vorerst im Inand und dann international angeboten werden. Derzeitige Aktieninhaber geniessen Vorkaufsrechte. Irsa wird U$S 100 Mio. und Cresud U$S 50 Mio. ausgeben. Sie werden 07 fällig und zahlen 7% im Jahr. Die Kontrollgruppe hält 20% von Irsa und 50% von Cresud.

***

Die Wirtschaftsführung will für die Rückzahlung der ZB-Rediskonte an die Banken von insgesamt $ 17,64 Mrd. bestimmten, dass sie mittels der sogenannten garantierten Darlehen und Provinzbonds erfolgen können. Damit sollen die Konten beglichen und ein neues System eingeführt werden, bei dem nur offizielle Banken Rediskonte erhalten. Bei diesen werden die Bonds zu 100% ihres technischen Wertes gutgeschrieben, bei Privatbanken zu 50% oder 60%.

***

Die Wirtschaftsführung will im November Default-Verhandlungen einleiten und mit privaten Inhabern argentinischer Aussenschuldpapiere beginnen. Etwa 350.000 italienische Privatanleger wurden durch das Default um rd. U$S 14 Mrd. geschädigt, wofür verschiedene Anlegerverbände die beratenden italienischen Banken verantwortlich machen.

***

SG Lecitina hat in ihrer Fabrik in Rio Tercero, Córdoba, die Erzeugung von Speziallezitin aus Sojabohnen aufgenommen. Bisher wurde reines Lecitin nur in Deutschland und den USA hergestellt. Die argentinischen Preise würden um 20% bis 30% unter denen der Konkurrenz liegen.

***

Nach Mitteilungen der Senasa wurde in den ersten 9 Monaten 02 56.808 t Rinderleder und -häute für U$S 125,8 Mio. ausgeführt. Das seien um 32% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

***

Das Produktionsministerium gab die Schaffung des Bundesrates für Produktion bekannt. Er soll mit den entsprechenden höchstrangigen Provinzfunktionären gebildet werden und auf einender abgestimmte Vorgehen vereinbaren.

***

Das Sozialsicherheitssekretariat prüft die Möglichkeit, den Pflichtbeitrag der bei privaten Rentenkassen (AFJP) eingetragenen Arbeitnehmer schrittweise von 5% auf 11% zu erhöhen. Genannt wurden 2% Zunahme pro Jahresdrittel, damit die ursprünglichen 11% im November 03 erreicht werden ohne die Einkommen übermässig zu belasten.

***

Die Kfz-Hersteller fordern von

der Regierung, dass sie zumindest $ 1,5 Mrd. ihrer Schulden an sie begleicht. Die Schulden stammen aus den beiden Kfz-Eintauschplänen I und II, MwSt. Rückerstattungen wegen Investitionen, Exportrückvergütungen, usw.

***

Anne Krueger vom IWF erklärte, ein Abkommen mit Argentinien in 14 tagen sei möglich. Allerdigns müssten noch einige fragen gelöst werden, insbesondere über die geplante Geldgebah-rung.

***

Die brasilianische Petrobrás hat die vereinbarten U$S 89,55 Mio. für 100% der hiesigen Niederlassung der Devon Energy hinterlegt. Damit gliedert sie sich eine Förderung von 6.040 Barrel Erdöl und 642.000 cbm Gas pro tag ein.

***

Die Überwachungsbehörde der privaten Rentenkassen AFJP hat die Obergrenze für Anlagen der Kassenfonds in Produktionsvorhaben auf 25% der Guthaben erhöht.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Hohe Verluste der Banken

Die Banken hatten dieses Jahr Schwierigkeiten, um ihre Bilanzen für das erste Quartal und auch das erste Halbjahr abschliessen zu können, weil viele neue Probleme entstanden waren, für die es keine einfache Antwort gab. Dies ergab sich wegen der asymmetrischen Pesifizierung, der Depositeneinfrierung und Reprogrammierung, des Kaufes von Boden-Staatspapieren mit eingefrorenen Depositen und den zahlreichen Urteilen der Justiz, durch die die Auszahlung von Dollardepositen in Dollar oder Pesos zum freien Kurs angeordnet wurde.

Die Banken mit Börsennotierung konnten jedoch ihre Bilanzpflicht nicht ewig vertagen, und so haben sie der Börse ihre Bilanzen für das erste Quartal vorgelegt. Die Bank Galicia weist einen Verlust von $ 1.280 Mio. aus, die Hipotecario einen von $ 790,5 Mio., die Rio einen von $ 40,2 Mio und die BBVA-Francés einen von $ 25,7 Mio. Das macht insgesamt $ 2.136,4 Mio. aus. Auf der anderen Seite legte Bansud eine Bilanz mit $ 231,6 Mio. Gewinn vor und Macro einen von $ 247,9 Mio. Nach Schätzungen von Bänkern sollen die Banken, die nicht an der Börse kotieren, einen Verlust von einer Grössenordnung von $ 5 Mrd. ausweisen.

Bei dieser Berechnung wurden die Bonds zu pari gebucht, die die Regierung den Banken als Ausgleich für die asymmetrische Pesifizierung versprochen hat, die jedoch nocht nicht vergeben wurden. Insgesamt soll es sich um $ 9,6 Mrd. handeln, die zum Budgetdefizit addiert werden müssten, jedoch unter dem Strich geführt werden, als ob der Staat damit nichts zu tun hätte. Diese Titel werden, sofern sie den Boden gleichgestellt werden, die die Sparer auf Antrag erhalten, bestentefalls zu 50% des Nennwertes gehandelt, so dass hier ein verkappter Verlust besteht. Abgesehen davon, werden die Banken dadurch illiquid, da sie ihre Verpflichtungen genüber den Sparern nicht in diesen Bonds bezahlen können.

Wie die Auszahlungen zum freien Kurs verbucht wurden, die die Richter angeordnet haben, ist vorerst unbekannt, da sich das Wirtschaftsministerium in diesem Fall nicht ausgesprochen hat. Ebenfalls bleibt die Frage vorerst offen, wie der Fall behandelt wird, sollte der Oberste Gerichtshof die Rückdollarisierung der Depositen verfügen. Dabei kommen auch mehrere Varianten in Frage, nämlich die volle Dollarisierung der ursprünglichen Depositen, oder nur der bestehenden Saldi, wobei auch Kompromisslösungen möglich sind. Die Dollarisierung kann sich ebenfalls auf die Kredite beziehen, ebenso wie eine Bestätigung der Pesifizierung die schon durchgeführten Auszahlungen betrifft. Wie immer der Oberste Gerichtshof entscheidet, entstehen neue Probleme.

Ferner besteht bei den Banken noch ein anderes Problem, nämlich die Zunahme der Insolvenz- und Säumigkeitsfälle. Das ist eine direkte Folge der Krise, aber auch der Tatsache, dass Unternehmen, die im Ausland in harter Währung verschuldet, aber im Inlandsgeschäft tätig sind, nun eine relativ sehr kräftige Zunahme ihrer Schulden erleben. Die Banken müssten, streng genommen, einen grossen Teil ihrer Kredite abschreiben und gegen die Unternehmen gerichtlich vorgehen. Dann würden sie jedoch einen noch viel höheren Verlust ausweisen, wobei viele den Verlust einfach nicht tragen könnten und liquidieren müssten. Somit drücken die Banken ein Auge zu und dulden diesen Zustand, der einen grossen Teil ihrer Kunden betrifft, in Erwartung einer besseren Zukunft. Bei korrekter Bilanzierung müssten jedoch Rückstellungen für diese Fälle geschaffen werden, was jedoch nicht oder eben nur ungenügend der Fall ist. Man kann somit annehmen, dass der effektive Verlust der Banken, bei Anwenedung strenger Bilanzierungsregeln, viel höher ist.

Indessen besteht der Hauptgrund der Bankenverluste in der drastischen Schrumpfung des Bankgeschäftes. Die Banken haben die Einnahmen aus ihrem normalen Kreditgeschäft weitgehend eingebüsst, da sie dieses Jahr zunächst keine neuen Depositen erhielten und keine neuen Kredite vergeben konnten. In den letzten Wochen haben sie wieder frische Depositen für etwa $ 4 Mrd. angesammelt, fast alle kurzfristig, die sie vorwiegend in den Wechseln der ZB, genannt Lecop, anlegen, wobei die ZB für die Zinsen an die Sparer aufkommt. Das ist quasifiskalisches Defizit und monetäre Manipulation, um zu verhindern, dass die Liquidität für Dollarkäufe eingesetzt wird. Das normale Bankengeschäft, nämlich die Vergebung von Krediten, wurde nur minimal wieder hergestellt. Bei den hohen Zinsen, die die Banken für Depositen und die ZB für Lebac zahlen, handelt es sich um eine höchst unstabile Lage, bei der diese Gelder jederzeit dann doch für Dollarkäufe eingesetzt werden können.

Bei drastischer Verringerung des Umfanges des Bankgeschäftes wirken sich die fixen Kosten stärker aus. Die Banken strengen sich zwar an, sie zu senken, durch Beamtenabbau und Verringerung der Strukturen, bleiben dabei aber hinter der Entwicklung zurück. Der Beamtenstab, der letztes Jahr über 100.000 Personen ausmachte, wurde schon um etwa 20.000 verringert und soll noch weiter schrumpfen. Das ist jedoch mit Entschädigungen verbunden, die die Bilanzen stark belasten, umso mehr, als zunächst die Beträge verdoppelt werden.

Mehrere Banken haben schon aufgegeben und wurden zum Teil von anderen übernommen. Von den 114 Banken, die Ende 2001 bestanden, verbleiben somit knapp über 80. Der Schrumpfungsprozess ist indessen nicht neu. 1977 gab es noch 700 Banken, 1985 330 und Ende 1994 nur 205. Was jetzt neu ist, ist, dass gleichzeitig die Zahl der Filialen verringert wird.

Bei Politikern und auch allgemein galt das Vorurteil, dass die Banken üppig verdient haben und daher die Verluste, die ihnen durch diese absurde Regierungspolitik aufgebürdet worden sind, ohne grosse Schwierigkeiten tragen können, wobei sogar behauptet wurde, dass dies gerecht sei. In der Regierung bestand Anfang dieses Jahres die Meinung, dass geringere Einnahmen der Banken höhere Einnahmen für die Unternehmen der realen Wirtschaft bedeuten würden. Duhalde selber glaubte an diesen Unfug, bis ihn die nackte Wirklichkeit eines besseren belehrte und er schliesslich sagte, die Wirtschaft könne sich ohne Banken und Kredit nicht erholen. Es besteht eben kein Gegensatz, sondern Ergänzung, wobei streng genommen, das Depositenvolumen schon vor dem Schwund, der Mitte 2001 einsetzte, zu gering für die argentinische Wirtschaft war. Man hätte sich somit um eine Zunahme der Depositen kümmern sollen, statt um ihre Zerstörung, wie es effektiv geschehen ist.

Tatsache ist, dass die Banken im Durchschnitt der letzten Jahre um 2% auf ihr Eigenvermögen verdient haben, was gewiss nicht viel ist. Dabei bestehen allerdings hohe Unterschiede, wobei viele die Verluste nicht verkraften konnten und eben aufgeben mussten. Diese geringe Rentabilität, bei relativ hohen Zinsen, ist auf die hohen Kosten zurückzuführen, die den Banken zum Teil von den Behörden auferlegt werden. Ausserdem besteht in Argentinien eine anormal hohe Insolvenz, die zum Teil jedoch nur auf die ZB-Normen zurückzuführen ist, da viele Unternehmen, vor allem kleine und mittlere, zwar häufig in Zahlungsverzug geraten, aber schliesslich dennoch zahlen. Abgesehen davon sind die Banken im Rückstand mit der Anwendung elektronischer Methoden, durch die der Scheck durch direkte Anweisungen per Computer ersetzt wird. Das spart den Banken hohe Kosten. Allerdings scheuen sich die Kunden in vielen Fällen vor dem Übergang auf die Eletronik, der mehr mit dem Wechsel der Generationen kommt.

Bei der Schrumpfung des Bankensystems sollte man annehmen, dass das Geschäft in Zukunft für die verbleibenden Banken besser wird, da sich dann wenigere die Torte aufteilen. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass dann neue Banken hier einsteigen, die nicht durch Boden-Staatspapiere, reprogrammierte Depositen, pesifizierte Kredite und 2002-Verluste belastet sind und billige Strukturen aufbauen. Im Versicherungswesen ist dies schon geschehen; der Zusammenbruch des staatlichen

Rückversicherungsmonopols INdeR hat den bestehenden Versicherungsanstalten einen hohen Schaden zugefügt und manche zur Insolvenz verurteilt. Die neuen Firmen konnten ohne diese Vorbelastung auftreten und hatten einen klaren Konkurrenzvorteil.

Die hohe Hinterziehung und Säumigkeit bei den Sozialbeiträgen

Das Bundesamt für öffentliche Einnahmen (AFIP) hat berechnet, dass durch Hinterziehung und Säumigkeit bei der Zahlung der Sozialbeiträge dieses Jahr leicht über $ 10 Mrd. nicht eingenommen werden. Das bezieht sich auf diejenigen, die nicht zahlen, also sowohl Schwarzarbeiter wie diejenigen, die zwar eingetragen sind, aber nicht zahlen. Bei denjenigen, die als Arbeiter und Angestellte tätig sind, handelt es sich darum, dass die Unternehmen nicht zahlen; bei den Selbstständigen ist es eine eigene Entscheidung. Hinzu kommen nach der amtlichen Schätzung noch $ 2,6 Mrd., die sich daraus ergeben, dass bei vielen Unternehmen und Selbstständigen ein Teil des Arbeitseinkommens schwarz ist. Diese fehlenden Beiträge beziehen sich auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die Pensionskassen, auf Beiträge für gewerkschaftliche Sozialwerke und auch an die Gewerkschaften selber, Beiträge für die Arbeitsrisikoversicherung und eventuell auch Zahlungen an die Kasse für Familienlöhne.

Die amtliche Rechnung geht davon aus, dass bei Abzug der Arbeitslosen fast 8,5 Mio. Personen effektiv zum sozialen System beitragen müssten. Streng genommen wären es mehr, wenn man von einer aktiven Bevölkerung von 15 Mio. Menschen ausgeht. Effektiv zahlen nur 4,2 Mio., von denen 3,36 Mio. im Abhängigkeitsverhältnis stehen und 0,49 Mio. Unabhängige sind. Bei den ersten beträgt die aktive Bevölkerung, die zur Zahlung von Beiträgen verpflichtet ist, 5,88 Mio, so dass 38,4% nicht zahlen, während es bei der zweiten Kategorie 2,60 Mio. sind, mit einer Nichtzahlungsquote von 85%. Bei den Unabhängigen und denjenigen, die die Einheitssteuer zahlen („monotributo“) besteht eine extrem kritische Lage.

Zweifellos hat die AFIP hier versagt. Bis 1994 wurden die Beiträge für das Rentensystem und für die Familienlöhne direkt von dem Rentenverwaltungsorgan ANSeS (Administración Nacional de Seguridad Social) eingenommen, und die Beiträge zu den Gewerkschaftskrankenkassen direkt von diesen kassiert. Damals führte Cavallo das einheitliche System ein, genannt SUSS („Sistema único de seguridad social“), wobei die Zahlung für alle Beiträge gleichzeitig zu erfolgen hatte, mit dem sogenannten CUSS („Contribución única de seguridad social“). Theoretisch war dies logisch, da auf diese Weise jene Beiträge, bei denen weniger hinterzogen wurde, die anderen nach oben mitreissen sollten. In der Praxis kam es jedoch genau umgekehrt.

Die Gewerkschaften registrierten daraufhin sofort eine höhere Hinterziehung; viele von ihnen haben dann eine private Firma verpflichtet, um die Kontrolle durchzuführen, wobei die Zahlungen weiterhin über die AFIP gehen. Das hat recht gut funktioniert. Dabei ergibt sich die eigenartige Lage, dass viele Unternehmen die Beiträge an die Gewerkschaftskassen voll zahlen, sie aber bei den Pensionskassenbeiträgen hinterziehen oder säumig bleiben. Das sollte nicht möglich sein, da die Berechnungsgrundlage, nämlich die Lohn- und Gehaltsmasse, die gleiche ist. Würde die AFIP die Privatfirma, die für die Gewerkschaften tätig ist, beauftragen, auch für sie tätig zu sein, würde diese Hinterziehung nicht möglich sein. Die Verpflichtung privater Mitarbeit ist jedoch tabu.

Auf Branchen aufgeteilt, ergibt sich folgendes Bild des Anteils der Schwarzarbeit an der Gesamtbeschäftigung: Haushaltsangestelle: 92,7%; Bauwesen: 74,6%; Gross- und Kleinhandel: 48,9%; Transport und Fernverbindungen; 43,7%; persönliche und gemeinschaftliche Dienstleistungen: 42,8%; Immobilientätigkeiten: 33,8%; Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren: 31,9%; andere Tätigkeiten: 27,1%; Gesundheits- und Erziehungsdienste: 16,6%. Gesamtdurchschnitt: 38,4%. Das Sondersystem, das Anfang 2000 für Dienstboten u.dgl. eingeführt wurde, hat offensichtlich nicht funktioniert, obwohl es sich wirklich um eine grosszügige Gelegenheit handelte, die Lage zu legalisieren. Ebenso funktioniert die Einheitssteuer nicht, bei der sich zunächst fast eine Million Kleinstunternehmen eingetragen haben, jetzt jedoch nur ein Bruchteil regelmässig weiter zahlt, und ausserdem die allermeisten sich in die niedrigste Kategorie eintragen, in die sie nicht gehören. Die hohe Hinterziehung bei der Bauwirtschaft ist ebenfalls ein anormales Phänomen, sind die Baustellen doch sichtbar und leicht zu kontrollieren.

Kontrollen gibt es eben praktisch überhaupt nicht, weil die AFIP nicht in der Lage ist, sie durchzuführen, aber auch nicht bereit ist, Privatfirmen oder personen zu verpflichten, um sie durchzuführen, und auch weil die Arbeitspolizei ganz wenige Beamten hat, also praktisch inexistent ist. Wie der Wachhund im Gemüsegarten, der den Salat zwar nicht frisst, aber andere nicht herankommen lässt.

Letztes Jahr schuf Cavallo ein Sonderorgan, genannt INARSS („Instituto Nacional de Recaudación de la Seguridad Social“), das sich mit der Eintreibung der Sozialbeiträge befassen sollte. Dieses Institut hat offensichtlich versagt, obwohl die Gewerkschaften und auch die privaten Rentenkassen (AFJP) und Arbeitsrisikoversicherungsgesellschaften (ART) an der Führung beteiligt waren. Héctor Domeniconi wurde zum Vorsitzenden ernannt. Er hatte am Anfang der Menem-Regierung gute Arbeit im Wirtschaftsministerium geleistet und eine Verringerung des nationalen Beamtenstabes um etwa 100.000 Personen erreicht, gewiss keine Kleinigkeit. Aber dieses Mal konnte er keinen Erfolg vorweisen.

Minister Lavagna hat daraufhin jetzt entschieden, dieses Institut aufzulösen und die Kontrolltätigkeit wieder an die AFIP zu vergeben. Die Verbände der AFJP und der ART haben sofort opponiert und auf eine mangelnde Unterstützung der AFIP hingewiesen, die sie sogar als Boykott bezeichneten. Dennoch sind sie die Erklärung über das unbefriedigende Ergebnis schuldig geblieben.

Wenn man sich vor Augen hält, dass auch bei den privaten Rentenkassen der Koeffizient der eingetragen, die effektiv zahlen, von etwa 70% 1994 und 1995 auf jetzt um die 30% zurückgegangen ist, so kommt man zum Schluss, das hier etwas nicht stimmt. Logisch wäre es, den AFJP das Inkasso und die entsprechende Kontrolle zu übertragen, wobei die AFIP ihnen dann gleichzeitig auch die Kontrolle der anderen Komponenten des CUSS übergeben sollte, also besonders des Unternehmerbeitrages für die Rentenkassen, der 16% beträgt. Das würde sofort zu einer starken Einnahmenszunahme führen. Allein, die AFIP-Leitung und auch der Wirtschaftsminister sind so frontal gegen die private Mitwirkung eingestellt, dass diese Lösung ausgeschlossen wird. Somit dürfte sich an der absurd hohen Hinterziehungs- und Säumigkeitsquote kaum etwas ändern, sei es, dass das INARSS bleibt oder aufgelöst wird und diese Tätigkeit an die AFIP zurückfällt.